

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1986

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Statistik und Datenschutz	165	Das Statistikgeheimnis dient nicht nur dem Schutz der Grundrechte, sondern auch der Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik.
----------------------------------	-----	---

Ernteberichterstattung 1986	170	Nach dem Stand der Ernteberichterstattung im Monat Juli für Feldfrüchte, Rauhfutter, Obst, Gemüse und Wein werden Wachstumsverläufe, Ertragsaussichten und bisherige Ernteergebnisse dargelegt.
------------------------------------	-----	---

Preise für Kraftstoffe und Heizöl sowie Kraftfahrer-Preisindex 1985 bis Juni 1986	173	Der drastische Rückgang des Rohölpreises auf dem Weltmarkt hatte im ersten Halbjahr 1986 erhebliche Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau und den Kraftfahrer-Preisindex.
--	-----	---

Kaufwerte für Bauland 1985	176	Die Statistik der Kaufwerte für Bauland ermöglicht sowohl die Darstellung der aktuellen Situation am Baulandmarkt als auch der langfristigen Entwicklungstendenzen.
-----------------------------------	-----	---

Wohnungsbestand Ende 1985	181	Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum hat sich weiter verbessert. Die Wohnungsstruktur ist in den einzelnen Verwaltungsbezirken in Anpassung an die jeweilige Nachfrage sehr unterschiedlich.
----------------------------------	-----	---

Anhang	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Das Statistikgeheimnis, ein präzises und bewährtes Instrument des Datenschutzes

Die Aufgabe der amtlichen Statistik besteht darin, durch die Zusammenfassung gleichartiger Daten einer Vielzahl von Personen oder Betrieben Massenerscheinungen aufzuzeigen und Gesamtzusammenhänge darzustellen. Sie ist daher zwangsläufig mit einer fortschreitenden Anonymisierung der erhobenen Daten verbunden. Aus dem Wesen dieser Tätigkeit ergibt sich, daß die amtliche Statistik ungleich rigoroseren und damit leichter zu handhabenden Geheimhaltungsbestimmungen unterworfen werden konnte als die übrige Datenverarbeitung, die durch die allgemeinen Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder reglementiert wird.

Darüber hinaus enthält das neue Volkszählungsgesetz 1987 zahlreiche organisatorische und verfahrensrechtliche Bestimmungen, die den Auflagen des Karlsruher Urteils von 1983 in vollem Umfang gerecht werden und ein dichtes Netz sich ergänzender und ineinandergreifender Schutz- und Sicherungsbestimmungen bilden. ra

Mehr über dieses Thema auf Seite 165

Ernteerträge und Ertragsaussichten für 1986

Nach dem Julistand der Ernteberichterstattung wird die Getreideernte in Rheinland-Pfalz bei einer um rund 4% verringerten Anbaufläche voraussichtlich zwischen 1,4 und 1,5 Mill. t bringen und damit unter dem Ergebnis von 1985 (1,59 Mill. t) liegen. Aufgrund der langen Trockenheit dürften die Hektarerträge des Vorjahres kaum erreicht werden. Raps hingegen wird nach bisherigen Schätzungen bei über dem Vorjahr liegender Flächenleistung und nicht unbeträchtlicher Anbauausdehnung eine höhere Ernte als 1985 bringen.

Nachdem die erste Rohfütterernte zwar qualitativ gut, aber mengenmäßig mit knapp 54 dt je Hektar (umgerechnet in Heu) bereits unterdurchschnittlich war, dürfte aufgrund des wetterbedingten schlechten Nachwuchses die Gesamtertragsleistung des Vorjahres auch nach den weiteren Schnitten nicht erreicht werden.

Beim Obst übertraf die Süßkirschenernte mit über 21 000 dt die Vorjahresmenge um fast 14%. Sauerkirschen brachten mit knapp 232 000 dt 18% mehr. Mit über dem Vorjahr liegenden Erträgen wird bei Äpfeln und insbesondere bei Aprikosen und Pfirsichen gerechnet.

Die frühen Gemüsearten brachten zumeist durchschnittliche Erträge. Der Wachstumsstand der mittelfrühen und späten Gemüsearten wurde im Juli im Schnitt etwas besser als normal beurteilt.

Die besten Ernteaussichten bestehen in diesem Jahr im Weinbau. Bei weiterhin günstigen Witterungsbedingungen kann ein in Menge und Qualität guter Jahrgang erwartet werden. Der Traubenansatz wurde landesweit mehrheitlich von 86% der Berichtersteller als gut beurteilt. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 170

Weniger Rinder, mehr Schafe

Anfang Juni wurden in Rheinland-Pfalz rund 639 000 Rinder gehalten. Das sind 10 000 Tiere oder knapp 2% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Rindviehhalter lag um 8% niedriger. Bestandsabstockungen bei den Milchkühen haben sich nur noch abgeschwächt fortgesetzt. Gegenüber Juni 1985 sank die Zahl der Kühe um gut 1 500 Tiere auf 220 700 Stück. Im Vergleich zum Dezember zeigte sich eine leichte Zunahme. Kaum verändert hat sich die Zahl der Ammen- und Mutterkühe (10 000).

Die Zahl der Schafe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7 900 auf rund 138 000 Tiere. Die Zahl der Halter blieb nahezu unverändert. Die Zunahme bei den weiblichen Zuchtschafen (78 600) gegenüber Juni 1985 um etwa 6% läßt auf weiterhin wachsende Bestände schließen. hü

Verbraucherpreise im Juli

Das weitere Sinken der Preise für Heizöl und Kraftstoffe sowie für einige Grundnahrungsmittel führte in Rheinland-Pfalz im Juli zu einem leicht rückläufigen Verbraucherpreisniveau. Für Heizöl, das im Durchschnitt rund 30 Pfennig je Liter kostete, errechnen sich Preisrückgänge um nahezu ein Viertel gegenüber dem Vormonat und um fast drei Fünftel im Vergleich zum Juli des Vorjahres. Die Benzinpreise unterschritten trotz Urlaubszeit die vom Juni um 5% und lagen um mehr als ein Viertel unter denen vor Jahresfrist.

Rind- und Schweinefleisch, Eier, Joghurt, Butter, Weizenmehl sowie insbesondere stark vom Dollarkurs abhängige Produkte wie Margarine und Pflanzenöl waren billiger als vor einem Jahr. Erhebliche Preissenkungen wurden für Blumenkohl (-29%), Möhren (-18%), Kopfsalat (-17%), Tomaten (-10%), Äpfel (-14%) und Apfelsinen (-13%) festgestellt. Mehr bezahlt werden mußte für Brathähnchen (+3,3%), Reis (+5,9%), Bohnenkaffee (+4,2%) und vor allem für frischen Fisch, wie Rotbarschfilet (+23%) oder Kabeljau (+13%). br

Erstmals mehr Winterraps als Kartoffeln

Der Anbau von Getreide ist in Rheinland-Pfalz 1986 mit rund 320 000 ha gegenüber dem Vorjahr um etwa 3 % zurückgegangen. Die flächenmäßig wichtigsten Getreidearten Winterweizen (96 000 ha) und Sommergerste (86 000 ha) nahmen mit - 5 bzw. - 4 % ebenso ab wie Hafer (40 000 ha) und Roggen (27 000 ha). Lediglich Wintergerste (5 200 ha) und Sommerweizen (8 000 ha) wurden verstärkt ausgesät.

Die Zuckerrübenfläche (21 000 ha) wurde um 10 % reduziert. Ähnlich hoch war die Einschränkung im Kartoffelbau (11 000 ha), der damit erstmals vom Winterraps (12 000 ha) übertroffen wurde.

Bei den Ackerfutterpflanzen (36 000 ha) hat vor allem der Silomais eine starke Ausweitung erfahren. Dies gilt auch für die zur Körnergewinnung angebauten Futtererbsen. km

Literpreis für Normalbenzin im Juli auf 1,01 DM und für Heizöl auf 30 Pfennig gesunken

Im Januar 1985 kostete der Liter verbleites Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) 1,33 DM, erreichte im Juni 1985 mit 1,42 DM den bisherigen Höchstpreis und verbilligte sich bis April dieses Jahres auf 98 Pfennig. Bis Juni erhöhte er sich auf 1,06 DM. Im Juli erfolgte ein erneuter Rückgang auf 1,01 DM. Von Januar bis Juli 1986 errechnet sich eine Verbilligung um 20 %. Bleifreies Benzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete im Juli dieses Jahres 99 Pfennig. Der Literpreis für bleifreies Superbenzin (Markenware, Selbstbedienung) belief sich im gleichen Monat auf 1,04 DM. Bleifreies Normal- und Superbenzin sind jeweils 2 Pfennig billiger als verbleites Benzin.

Der Kraftfahrer-Preisindex erhöhte sich von Januar bis Juni 1985 um 2,6 %, vorwiegend verursacht durch steigende Kraftstoffpreise. Dann ging er in den folgenden zwölf Monaten bis Juni dieses Jahres um 4,4 % zurück. Der hauptsächlich durch Preissenkungen für Kraftstoffe um ein Viertel ausgelöste Rückgang des Index wäre noch stärker ausgefallen, wäre nicht die Kfz-Steuer 1986 um ein Viertel angehoben worden.

Der Preis für 100 Liter Heizöl stieg im Jahresdurchschnitt 1985 um 4,3 % auf 78,23 DM, wobei im März mit 87,39 DM der bisher höchste Preis festgestellt wurde. Er fiel im Januar 1986 auf 65,63 DM und verbilligte sich bis Juli um mehr als die Hälfte auf 30,05 DM. Heizöl ist inzwischen wieder fast so preiswert wie vor Beginn der ersten Ölpreiskrise im November 1973. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 173

Noch nie wurde so wenig baureifes Land veräußert

Im Jahre 1985 wurde in Rheinland-Pfalz mit 4,6 Mill. m² der bisher niedrigste Flächenumsatz an baureifem Land seit Beginn der Statistik der Kaufwerte für Bauland im Jahre 1962 verzeichnet. Nachdem bereits 1984 der Quadratmeterpreis für diese Baulandart gegenüber 1983 um 1,7 % zurückging, sank er 1985 um 6,4 % auf 76,25 DM. Auch für einen Quadratmeter Rohbauland wurde mit rund 28 DM 13 % weniger bezahlt als im Vorjahr. Industrieland verteuerte sich dagegen um fast 9 % auf nahezu 26 DM pro Quadratmeter.

Am teuersten war baureifes Land in Mainz (402 DM), Ludwigshafen (278 DM) und Speyer (266 DM). Für einen Quadratmeter Rohbauland wurde ebenfalls in Mainz (210 DM) und Ludwigshafen (106 DM) am meisten erzielt. Baureifes Land war am billigsten in den Landkreisen Kusel (11 DM), Daun (26 DM), Birkenfeld und Cochem-Zell (je 32 DM), während für Rohbauland in den Kreisen Bitburg-Prüm (8 DM), Birkenfeld (9 DM), Pirmasens und im Rhein-Hunsrück-Kreis (je 10 DM) am wenigsten bezahlt wurde. br

Mehr über dieses Thema auf Seite 176

Verbesserte Wohnungsversorgung

Ende 1985 kamen in Rheinland-Pfalz auf 1 000 Einwohner im Durchschnitt 445 Wohnungen. Ein Jahr zuvor hatte dieser Wert bei 438 gelegen. Grund für die verbesserte Wohnungsversorgung ist ein um 1,3 % gestiegener Wohnungsbestand bei einer gleichzeitigen leicht rückläufigen Bevölkerungszahl.

Die Versorgung mit Wohnraum ist zwischen städtischen und ländlichen Verwaltungsbezirken naturgemäß unterschiedlich. Sie liegt zwischen 562 Wohnungen je 1 000 Einwohner in der Stadt Pirmasens, und 348 Wohnungen je 1 000 Einwohner im Landkreis Trier-Saarlouis. gr

Mehr über dieses Thema auf Seite 181

Mehr Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 1986

Im ersten Halbjahr 1986 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden Genehmigungen für die Errichtung von 4 712 neuen Wohngebäuden und 885 Nichtwohngebäuden erteilt. Das sind 6,6 bzw. 4,6 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Die Zahl der geplanten Wohnungen verminderte sich um 12 % auf 8 004. Mit 2,6 Mrd. DM erreichten die veranschlagten reinen Baukosten einen um 6,4 % höheren Wert als im ersten Halbjahr 1985. ju

Amtliche Statistik und Datenschutz vor dem Hintergrund der Volkszählung 1987

In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht ein gewisses Unbehagen, zum Teil sogar offenes Mißtrauen gegenüber der Tätigkeit der statistischen Behörden. Oftmals wird die Befürchtung geäußert, die für statistische Zwecke erhobenen Daten könnten an andere Institutionen weitergeleitet werden, um den Betroffenen in anderem Zusammenhang wieder entgegengehalten oder ohne deren Wissen zu ihrem Nachteil verwendet zu werden. Aufgabe der Aufklärungskampagne zur Volkszählung 1987 ist es, dem verunsicherten Bürger deutlich zu machen, daß seine Daten unabhängig von allen Verflechtungen der modernen Informationstechnologie lediglich eine „Einbahnstraße“ durchlaufen, die in der völligen Anonymität statistischer Ergebnisse endet. Aus diesem Grund soll im folgenden die statistische Geheimhaltung in ihrer Wirkungsweise und ihren Unterschieden zu den – im übrigen wesentlich jüngeren – Datenschutzgesetzen dargestellt werden.

Inhalt und Umfang des Statistikgeheimnisses

Die statistische Geheimhaltung ist durch besondere Rechtsvorschriften geregelt, die den allgemeinen Bestimmungen der Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder vorgehen. Zentrale Bedeutung hat das in § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) verankerte Statistikgeheimnis. Danach sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, geheimzuhalten. Diese den Mitarbeitern der statistischen Ämter auferlegte Pflicht beinhaltet das strikte Verbot, anderen Stellen und Personen, die nicht mit der Durchführung der jeweiligen Statistik betraut sind, Einzelangaben mitzuteilen. Im Unterschied zu aggregierten oder Sammelangaben sind Einzelangaben solche Daten, die eine einzelne Erhebungseinheit, zum Beispiel eine natürliche Person, einen Haushalt oder ein Wirtschaftsunternehmen betreffen. Das Statistikgeheimnis umfaßt alle Angaben, die in Erfüllung einer statistischen Auskunftspflicht oder auf freiwilliger Grundlage gemacht werden.

Nach § 11 BStatG dürfen Einzelangaben ausnahmsweise dann weitergeleitet werden, wenn

- (1) der Betroffene im Einzelfall ausdrücklich eingewilligt hat,
- (2) die Übermittlung durch besondere Rechtsvorschrift zugelassen ist.

Im ersten Falle erklärt der Auskunftspflichtige, daß er seine für statistische Zwecke gemachten Angaben nicht für schutzbedürftig hält. Von der Bestimmung wird äußerst selten und überwiegend im Interesse und auf Wunsch des Betroffenen Gebrauch gemacht, der auf diese Weise seinen Obliegenheiten gegenüber anderen Institutionen nachkommen möchte.

Die Weiterleitung von Einzelangaben auf der Grundlage einer besonderen Rechtsvorschrift ist an äußerst strenge Voraussetzungen gebunden. Zunächst muß der Gesetzgeber bei Erlaß der Rechtsvorschrift, mit der die jeweilige Bundesstatistik angeordnet wird, abschließend über Inhalt und Umfang einer eventuellen Ausnahmeregelung entscheiden. Hierbei sind die Auflagen zu beachten, mit denen die Erhebung und Verarbeitung von Daten für statistische Zwecke durch das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 65,1) verknüpft wurde. So ist insbesondere dem dort betonten Grundsatz der Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug Rechnung zu tragen. Außerdem hat der Gesetzgeber zu berücksichtigen, daß die Stellen, die durch die Weiterleitungserlaubnis begünstigt werden sollen, über eine Organisation verfügen müssen, die die Zweckbindung der statistischen Daten in gleicher Weise sicherstellt wie bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Schließlich müssen neben dem Gesetzgeber auch die Rechtsanwender, also die statistischen Behörden, in jedem Fall prüfen, ob der Übermittlungszweck nicht auf einem Weg zu erreichen ist, der das Statistikgeheimnis unberührt läßt.

Wenn der Informationsbedarf des in der gesetzlichen Ausnahmebestimmung benannten Nutzanwenders durch aggregierte oder vollständig anonymisierte Daten befriedigt werden kann, ist eine Weiterleitung von Einzelangaben nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit unzulässig. Dieser mit Verfassungsrang ausgestattete Prüfungsmaßstab führt zu einer eindeutigen und unabhängigen Vorrangstellung der Statistischen Ämter bei der Erledigung statistischer Aufgaben.

Vergleich mit den Datenschutzgesetzen

Ein Vergleich zwischen den speziellen Vorschriften zur statistischen Geheimhaltung und den allgemeinen Datenschutzgesetzen des Bundes und der Länder führt zu einigen erheblichen Unterschieden. Als Beispiel soll im folgenden das Bundesgesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz – BDSG) vom

27. Januar 1977 (BGBl. I S. 201), geändert durch Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469), herangezogen werden. Schon die vollständige Überschrift des Bundesdatenschutzgesetzes macht deutlich, daß die Schutzbestimmungen des Bundesstatistikgesetzes wesentlich umfassender sind. So beschränkt sich das Statistikgeheimnis nicht nur auf personenbezogene Daten, also solche Angaben, die einer bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person zuzuordnen sind. Es erstreckt sich auch auf die Daten von juristischen Personen und Personenvereinigungen. Anknüpfungspunkt des § 11 Abs. 1 BStatG ist somit nicht das Rechtssubjekt, dem die Einzelangaben zuzuordnen sind, sondern allein der – statistische – Zweck, dem die Erhebung und Verarbeitung der Daten dienen soll. Den gleichen Weg geht das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts, indem es die Kriterien der Zweckbestimmung und Zweckbindung zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht.

Es bleibt festzuhalten, daß diese Gesichtspunkte, die dem Wesen des Datenschutzes am besten gerecht werden, im Bereich der amtlichen Statistik von jeher maßgebliche Bedeutung hatten.

Die Aufgabe des Bundesdatenschutzgesetzes besteht darin, die Persönlichkeitssphäre des Einzelnen zu schützen, indem ein Mißbrauch der ihm zuzuordnenden Daten bei ihrer Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung unterbunden wird. Angesichts des breiten und vielschichtigen Regelungsgegenstandes, nämlich der Datenverarbeitung durch Behörden und sonstige öffentliche oder private Stellen, wären absolute Verbote zum Beispiel einer Datenübermittlung weder sinnvoll noch praktikabel. Schließlich gibt es eine Fülle denkbarer Verwendungsmöglichkeiten, die der Betroffene selbst nicht mißbilligen würde, sei es, um sich einen Vorteil zu verschaffen, oder auch nur, um eine sonst notwendige Doppelbefragung zu vermeiden. Durch eine Reglementierung des Umganges mit personenbezogenen Daten muß das Bundesdatenschutzgesetz daher einen Ausgleich zwischen den schutzwürdigen Belangen des Betroffenen und den berechtigten Informationsinteressen anderer Stellen und Personen schaffen. Es liegt auf der Hand, daß die Rechtsanwendung in der Praxis zu schwierigen und komplexen Abwägungsvorgängen führen kann. Anders verhält es sich bei den bereichsspezifischen Vorschriften zur statistischen Geheimhaltung. Hier war es ohne weiteres möglich, rigorose und damit leicht zu handhabende Bestimmungen zu erlassen, deren Durchführung schon im Hinblick auf ihre absolute Zielsetzung frei von jeder Wertung und Abwägung widerstreitender Interessen ist.

Im Gegensatz zum Bundesdatenschutzgesetz dient das Statistikgeheimnis nicht allein dem Schutz des Betroffenen, sondern außerdem den Belangen der amtlichen Statistik. Zu dieser verglichen mit anderen Geheimhaltungsbestimmungen durchaus „eigennützigen“ Komponente führt das Bundesverfassungsgericht (a. a. O S. 50 f) im einzelnen aus: „Für die Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik ist ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrheitsgehalt der erhobenen Daten notwendig. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn bei dem auskunftspflichtigen Bürger das notwendige Vertrauen in die Abschottung seiner für sta-

tistische Zwecke erhobenen Daten geschaffen wird, ohne welche seine Bereitschaft, wahrheitsgemäße Angaben zu machen, nicht herzustellen ist. Kann damit nur durch eine Abschottung der Statistik die Staatsaufgabe „Planung“ gewährleistet werden, ist das Prinzip der Geheimhaltung und möglichst frühzeitigen Anonymisierung der Daten nicht nur zum Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen vom Grundgesetz gefordert, sondern auch für die Statistik selbst konstitutiv.“

Es versteht sich von selbst, daß dieser zweite Schutzzweck des § 11 BStatG eine im Hinblick auf seine lückenlose Einhaltung nicht zu unterschätzende Eigendynamik entwickelt.

Der wesentlichste Unterschied zwischen der amtlichen Statistik einerseits und der durch das Bundesdatenschutzgesetz reglementierten Datenverarbeitung andererseits ergibt sich aus der völlig andersartigen Zielsetzung der beiden Arbeitsgebiete.

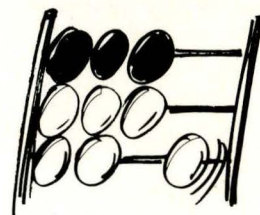
Aufgabe der Datenverarbeitung im üblichen Sinne ist es, verschiedene Daten für eine auf den Einzelfall bezogene Verwendung verfügbar zu halten. Das Interesse der amtlichen Statistik beschränkt sich hingegen auf eine anonyme, von der jeweiligen Erhebungseinheit losgelöste Nutzungsweise, die ausschließlich darin besteht, durch die Zusammenfassung gleichartiger Daten verschiedener Bezugsobjekte Massenerscheinungen und Gesamtstrukturen aufzuzeigen. Gegenstand der Sammlung und Auswertung statistischer Daten ist somit nicht die einzelne, sondern eine Vielzahl von Personen, deren Angaben lediglich den Rohstoff zur Gewinnung der benötigten statistischen Ergebnisse bilden. Aus diesem Grunde ist es möglich, die für statistische Zwecke erhobenen Daten in Hilfs- und Erhebungsmerkmale zu unterteilen, wie dies bereits im neuen Mikrozensusgesetz und im Volkszählungsgesetz 1987 praktiziert wurde. Erhebungsmerkmale umfassen Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind. Hilfsmerkmale, in der Regel Name und Anschrift, dienen lediglich der technischen Durchführung der Statistik. Hierzu gehört – im Interesse einer hohen Ergebnisqualität – die Prüfung der Angaben auf ihre Vollständigkeit und Schlüssigkeit. Dies ist aber nur dann möglich, wenn Unklarheiten und Mißverständnisse durch gezielte Rückfragen bei den Betroffenen beseitigt werden können. Schon die Einstufung als Hilfsmerkmal macht deutlich, daß solche Daten, die eine Identifizierung des Auskunftspflichtigen ermöglichen, im Gegensatz zur sonstigen Datenverarbeitung nur eine untergeordnete, und was die spätere Nutzung anbelangt, überhaupt keine Rolle spielen.

Datenschutz und Volkszählung

Das neue Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) verfolgt nicht das Ziel, das nach dem Karlsruhe Urteil gerade noch verfassungsrechtlich Machbare zu realisieren. Der Gesetzgeber hat sich vielmehr von der Maxime leiten lassen, nur solche Regelungen zu verabschieden, die mit Sicherheit einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten und den Auflagen des

Fragen zur Wohnung

Fragen 1 und 11 des Wohnungsbogens



**Zehn Minuten,
die allen helfen.**

Zu den wichtigsten Aufgaben der Wohnungspolitik zählt die bedarfsgerechte Versorgung mit Wohnraum, das heißt, der Bau von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Höhe der Miete für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind.

Frage 1 des Wohnungsbogens soll Aufschluß darüber geben, wie die Bevölkerung untergebracht ist, in welchem Umfang Wohnungseigentum erworben wurde und wieviele Haushalte zur Miete oder Untermiete wohnen. Diese Erkenntnisse dienen Wohnungsbedarfsuntersuchungen. Die Wohnungs- und Volkszählung liefern die Informationen über die mit den eingesetzten Mitteln erzielten Wirkungen und über die in Zukunft noch benötigten Gelder.

Insbesondere dienen die Ergebnisse auch zur Prüfung des Bedarfs an Wohnraum für bevorzugt zu fördernde Bevölkerungsgruppen. Hierzu rechnen nach §26 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes kinderreiche Familien,

junge Ehepaare, ältere Menschen und allein-stehende Elternteile mit Kindern. Das gleiche gilt für Studenten und ausländische Mitbürger.

Das Wohnverhältnis als Untermieter stellt eine besondere Wohnform dar, die auch die Wohnungsbelegung beeinflusst. Es muß als zusätzliche Nachfragekomponente berücksichtigt werden.

Leerstehende Wohneinheiten (Frage 11) sind in den Wohnungsversorgungsbilanzen gesondert auszuweisen, da Ausstattung und Größe der Wohnungen sowie Dauer des Leerstehens wichtige Indikatoren für die Inanspruchnahme des Wohnungsangebotes sind. In der öffentlichen Diskussion werden Zahlen über leerstehende Wohnungen für das Bundesgebiet zwischen 200 000 und 1 Million genannt. Erst die Feststellung des genauen Bestandes läßt in Verbindung mit der Angabe über die Dauer des Leerstehens Rückschlüsse auf ein nicht am Bedarf ausgerichtetes Wohnungsangebot oder eine möglicherweise eingetretene Sättigung der Nachfrage auf einzelnen regionalen Wohnungsmärkten zu.

Aus den Ergebnissen der Erhebung lassen sich auch die Ursachen des Leerstehens ableiten. Diese werden in erster Linie auf die Lage, das Baualter sowie auf Größe, Ausstattung und Miethöhe zurückzuführen sein. Besondere Aufschlüsse werden über leerstehende Sozialwohnungen erwartet; hier geht es darum, weiteren Fehlentwicklungen entgegenwirken zu können, ggf. durch Umstellung der Finanzierung, um die teilweise erheblich angestiegenen Mieten zu senken. hw

FÜR ALLE HAUSHALTE

1 Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als

a) Eigentümer(in), Miteigent. oder Kaufanwärt. ☐

b) Hauptmieter(in) (einschl. Altenteil) ☐

c) Untermieter(in) ☐
Untermieter(innen) brauchen im Wohnungsbogen keine weiteren Fragen zu beantworten.

FÜR LEERSTEHENDE WOHNUNGEN

11 Seit wie vielen Monaten steht die Wohnung leer?

bis 3 ☐

4-6 ☐

7-12 ☐

13 ☐

oder mehr ☐

Gerichts nicht nur in vollem Umfang gerecht werden, sondern zum Teil sogar darüber hinausgehen. So enthält das Gesetz eine Fülle verfahrenssichernder Bestimmungen, die den Grundrechtsschutz während der Phasen der Erhebung, der Aufbereitung und Auswertung der Daten gewährleisten:

- (1) Wie bereits erwähnt wird zwischen Erhebungs- und Hilfsmerkmalen unterschieden (§ 3 Abs. 1). Die Hilfsmerkmale unterliegen äußerst strengen und präzisen Trennungs- und Löschungsvorschriften (§ 15).
- (2) Die Gemeinden, die die örtlichen Aufgaben bei der Durchführung der Zählung wahrnehmen, müssen abgeschottete Erhebungsstellen einrichten, die räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen sind (§ 9 Abs. 1). Das Nähere regelt die Landesverordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 24. Juni 1986 (GVBl. S. 180).
- (3) Die in den Erhebungsstellen tätigen Personen dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über Auskunftspflichtige nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden (§ 9 Abs. 2). Dieses Zweckentfremdungsverbot untermauert die Pflicht zur statistischen Geheimhaltung und besagt im einzelnen, daß die mit den Aufgaben der abgeschotteten Erhebungsstelle betrauten Mitarbeiter ihre dort gewonnenen Erkenntnisse nicht in anderen Verfahren, zum Beispiel nach der Strafprozeßordnung, oder gegenüber anderen Institutionen und Personen, denen sie sonst auskunftspflichtig sind, wie etwa den Gemeinderäten oder den Vorgesetzten in ihren angestammten Dienststellen, preisgeben dürfen.
- (4) Für die Zähler gelten die gleichen Verwendungs- und Verwertungsverbote (§ 10 Abs. 4).
- (5) Zur Wahrung größtmöglicher Anonymität auch während der Erhebungsphase dürfen Zähler nicht in der Nachbarschaft eingesetzt werden (§ 10 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1).
- (6) Personen, die aus beruflichen oder anderen Gründen in einen Interessenkonflikt geraten könnten, namentlich Polizeivollzugsbeamte und Staatsanwälte, dürfen nicht zu Zählern bestellt werden (§ 10 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2).
- (7) Jeder Auskunftspflichtige hat die Wahl, ob er die Fragen zur Volks- und Berufszählung gemeinsam mit anderen Haushaltsmitgliedern oder für sich allein beantworten will (§ 13 Abs. 3).
- (8) Die Auskünfte können mündlich gegenüber dem Zähler oder schriftlich erteilt werden (§ 13 Abs. 2). Im zweiten Falle besteht die Möglichkeit, die ausgefüllten Erhebungsvordrucke dem Zähler auszuhändigen, im verschlossenen Umschlag zu übergeben, bei der Erhebungsstelle abzugeben oder dorthin zu übersenden (§ 13 Abs. 4).
- (9) Die als Ausnahme von der statistischen Geheimhaltung zugelassene Weiterleitung nicht anonymisierter Einzelangaben beschränkt sich auf ein Minimum.

Nur für ausschließlich statistische Aufgaben dürfen den hierfür zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände Einzelangaben für ihren Zuständigkeitsbereich übermittelt werden. Hilfsangaben sind von der Weiterleitung ausgeschlossen. Hinzu kommt, daß durch Landesgesetz eine Trennung der empfangsberechtigten Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet sein muß (§ 14 Abs. 1). Wie schon bei den Mitarbeitern in den Erhebungsstellen und den Zählern wird auch hier das Statistikgeheimnis durch ein ausdrückliches Zweckentfremdungsverbot verstärkt (§ 14 Abs. 3). Schließlich müssen die jeweiligen Übermittlungen von den Statistischen Landesämtern protokolliert werden, um den Datenschutzbeauftragten eine effektive Kontrolle über die Einhaltung der Weiterleitungsvorschriften zu ermöglichen (§ 14 Abs. 4).

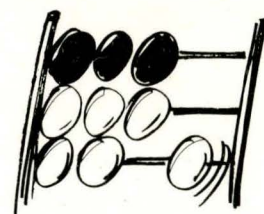
- (10) Die Auskunftspflichtigen sind u. a. über Zweck, Art und Umfang der Erhebung, die Erhebungs- und Hilfsmerkmale, die statistische Geheimhaltung, die verschiedenen Möglichkeiten der Auskunftserteilung und das Trennen und Löschen der Hilfsmerkmale schriftlich zu unterrichten (§ 16). Der auf diese Weise aufgeklärte Bürger kann die Verarbeitung und Verwendung seiner Daten im einzelnen nachvollziehen und die ihm im Zusammenhang mit der Volkszählung zustehenden Rechte in vollem Umfang wahrnehmen.
- (11) Die Zusammenführung von anonymisierten oder aggregierten Merkmalen aus der Volkszählung untereinander oder mit anderen Daten zum Zwecke der Reidentifizierung ist untersagt (§ 17 Abs. 2) und mit Strafe bedroht (§ 18). Beide Vorschriften betreffen den unwahrscheinlichen Fall, daß durch einen hohen Einsatz an Zeit und Arbeit versucht werden sollte, aus dem Daten- und Zahlenmaterial der Volkszählung Rückschlüsse auf eine bestimmte Person zu ziehen. Abgesehen davon, daß die Rechenzentren der Statistischen Ämter durch vielfältige technische Vorkehrungen gegen derartige Manipulationen wirksam gesichert sind, könnte ein solcher Versuch nur dann zum Erfolg führen, wenn ein beträchtliches Zusatzwissen außerhalb der Volkszählung über die zu reidentifizierende Person vorhanden wäre. Dementsprechend gering würde der zusätzliche Informationsgewinn bei einer tatsächlichen Deanonymisierung ausfallen.

Angesichts des engmaschigen Netzes ineinandergreifender Schutz- und Sicherungsbestimmungen müßte derjenige, der dennoch einen Mißbrauch seiner Daten befürchtet, den mit der Durchführung der Zählung betrauten Stellen und Personen eine folgenschwere Rechtsverletzung unterstellen. Nach § 203 des Strafgesetzbuches ist neben der Verletzung von Privatgeheimnissen, zum Beispiel im Bereich der ärztlichen oder anwaltlichen Schweigepflicht, auch der Bruch des Statistikgeheimnisses unter Strafe gestellt. Außerdem hätten etwaige Täter mit dienstordnungs- oder arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu rechnen, die bis zu einer Vernichtung ihrer beruflichen Existenz führen könnten.

Hans-Michael Rademaker

Fragen zur Wohnung

Fragen 2 bis 4 des Wohnungsbogens



**Zehn Minuten,
die allen helfen.**

Die gesonderte Feststellung von Freizeitwohnungen (Wochenend-, Ferienwohnungen) in Frage 2 ist notwendig, weil diese weder der Grundversorgung der Bevölkerung mit Wohnraum dienen noch dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen. Ein Verzicht auf ihre Erfassung würde wegen ihrer regionalen Konzentration, ihrer besonderen Lage, Größe und Ausstattung Wohnungsmarktanalysen verfälschen. Auch lassen sich Untersuchungen über Freizeitwohnungen in Fremdenverkehrsgebieten anstellen, wenn auf Grund der räumlichen Konzentration spezifische Infrastrukturmaßnahmen erforderlich sind (§ 10 BauNVO).

Für den einzelnen Haushalt bedeutet eine Freizeitwohnung mehr Wohnraum. Eine Aussage über die Belegungsdichte kann nur gemacht werden, wenn der von einem Haushalt mitbenutzte Wohnraum an anderer Stelle (meist außerhalb der Wohngemeinde) bekannt ist.

Die Wohnungsversorgung muß der unterschiedlichen Mobilität der Bevölkerung Rechnung tragen. Die Verweildauer der Haushalte in

einer Wohnung kann über das Einzugsjahr (Frage 3) bestimmt werden. Bei unterschiedlichen Einzugsdaten ist das Einzugsjahr des am längsten in der Wohnung lebenden Haushaltsmitgliedes einzutragen. Die mit der Verweildauer verbundene unterschiedliche Flexibilität örtlicher Wohnungsmärkte ist ein wichtiges Beurteilungskriterium dieser Märkte.

Umzüge in eine andere Wohnung können beruflich bedingt sein oder dadurch, daß Ausstattung, Größe, Lage, Kosten und Wohnumgebung den Bedürfnissen der Bewohner nicht mehr entsprechen. Zu- und Wegzüge beeinflussen die Nachfrage nach Wohnraum und damit Zahl und Qualität der neu zu errichtenden oder zu verbessernden Altbauwohnungen. In Verbindung mit anderen Angaben, zum Beispiel über die Miete, sind Rückschlüsse auf die Wohnsituation und die Beurteilung der regionalen Wohnungsmärkte möglich.

Die Erfassung der Ausstattungsmerkmale in Frage 4 – Vorhandensein von Küche, Kochnische, Bad/Dusche und WC – dient der Bestimmung des Wohnstandards. Obwohl Wohnungen heute fast ausschließlich mit Bad/Dusche und WC gebaut werden, entsprechen viele ältere Wohnungen noch nicht diesen Qualitätsansprüchen. Die Modernisierung von Wohnungen ist eine besondere Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Ausstattung der Wohnungen beeinflusst die Miethöhe und wird für Mietanalysen berücksichtigt.

Die getrennte Erhebung von Küche und Kochnische ist erforderlich, um die statistische Raumzahl – die Küche zählt im Gegensatz zur Kochnische als Raum – ermitteln zu können. hw

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

2 Ist die Wohnung eine Freizeitwohnung ?
* nein ☐ ja ☐

3 Wann ist der Haushalt in diese Wohnung eingezogen ?
Bitte das Einzugsjahr für das am längsten hier wohnende Haushaltsmitglied angeben.

vor 1970 ☐
1970-1974 ☐
1975-1979 ☐
1980-1984 ☐
1985 ☐
1986 ☐
1987 ☐

4 Sind innerhalb der Wohnung

Küche ☐
Kochnische ☐
Bad/Dusche ☐
WC ☐

Mehrere Antworten möglich

Ernteberichterstattung 1986

Bisherige Ergebnisse und Aussichten

Abgesehen von den Reben, deren bisherige Entwicklung sehr erfolgversprechend verlief, dürften im allgemeinen für das Erntejahr 1986 weder außergewöhnlich hohe noch niedrige Ertragserwartungen angebracht sein. Zeitweilige witterungsbedingte Vegetationsrückstände konnten zumeist aufgeholt werden und gaben zunächst keinen Anlaß zu nachhaltigem Pessimismus. Allerdings, so stellte sich mit Beginn der Getreideernte heraus, mußten hier einige Erwartungen auch zurückgeschraubt werden.

Trockenheit zur Herbstbestellung

Die Aussaat von Winterraps, vereinzelt auch von Wintergerste, erfolgte weitgehend bis Ende August 1985, so daß zeitig gedrückte Flächen Mitte September schon aufgelaufen waren. Die überwiegend günstige Witterung zum Monatswechsel konnte zur weiteren Bestellung von Wintergetreide genutzt werden.

Leichte Regenfälle bei noch hohen Bodentemperaturen schafften zunächst günstige Bedingungen für die Entwicklung der Winterungen. Bereits aufgelaufene Saaten standen gut. Bei später im Oktober gedrückten Flächen wurde der Aufgang jedoch nachhaltig durch die Trockenheit im weiteren Verlauf dieses Monats beeinträchtigt. Durch ergiebige Niederschläge in der ersten Novemberwoche verbesserten sich dann die Wachstumsbedingungen wesentlich. Absinkende Temperaturen in der zweiten Novemberdekade kündigten frühzeitig den Winter an, der ab Mitte November Dauerfrost bescherte.

Schnee und Frost zur Vegetationsruhe

Mit den Minustemperaturen im November gingen die Kulturen in die Winterruhe. Sie waren dabei mäßigen, stellenweise auch strengen Frösten ausgesetzt, in der Regel jedoch durch eine Schneedecke geschützt. Die sehr milde Witterung im Dezember brachte es mit sich, daß die Bestände vereinzelt auf schweren Böden mit

Staunässe zu kämpfen hatten. Dies war ebenso in der zweiten Januarhälfte nach einer vorübergehenden Kälteperiode der Fall.

Unter ständiger Zufuhr kalter Festlandsluft nach Mitteleuropa stellte sich zum Februar hin anhaltend winterliche Witterung ein. Am Erdboden wurde die Schwelle der Frosttoleranzen von Wintergerste und Winterraps unterschritten. Der Dauerfrost ließ die Böden bis zu Tiefen von 50 cm gefrieren. Zumeist bot jedoch wieder eine ausreichend hohe Schneedecke Schutz. Die bissige Februarkälte endete schließlich mit einem deutlichen Temperaturanstieg in den ersten Märztagen, so daß die Böden teils bei vorübergehender Staunässe auftauten.

Frühling machte Rückzieher

Der Frühling kündigte sich Mitte März nicht nur kalendermäßig an. Die Schneeglöckchen reagierten spontan mit einsetzender Blüte auf die ansteigenden Temperaturen. Schwere Böden waren zwar meist noch unbefahrbar, aber auf abgetrockneten leichten und mittleren Standorten konnten bereits Düngergaben auf die Winterungen ausgebracht werden. Wo es möglich war, wurde auch mit der Saatbettbereitung bei Sommergetreide begonnen.

Dann aber mußten aufgrund der im weiteren Verlauf des Monats März bis in den April hinein unbeständigen und wenig frühlingshaften Witterung die Feldarbeiten weitgehend unterbrochen werden. Die meist noch anstehende Frühjahrsbestellung geriet dadurch beunruhigend in Verzug. Auch die Vegetationsentwicklung blieb witterungsbedingt verhalten.

Ende April setzte sich endlich der Frühling durch. Die wärmere Witterung verbesserte die Bedingungen für das bisher allgemein verzögerte Pflanzenwachstum. Die Eisheiligen blieben nach dem langen Winter aus. Anfang Mai konnten auf abgetrockneten Böden die nötigen Feldarbeiten vorgenommen werden. Nicht zuletzt die Rüben- und Maisbestellung waren sehr in Verzug geraten.

Erträge von Rohfutter 1986

Fruchtart	Hektarertrag ¹⁾				Erntemenge ¹⁾		
	1. Schnitt D 1980 / 85	1. Schnitt		endgültig	1. Schnitt		endgültig
		1985	1986	1985	1985	1986	1985
		dt			t		
Rauhfutter	55,7	59,6	53,7	75,6	1 140 371	1 038 504	1 445 673
Wiesen	53,7	57,7	52,0	72,8	571 669	515 683	721 255
Mähweiden	57,8	61,7	55,0	78,8	484 913	432 319	619 525
Grasanbau auf dem Ackerland	58,2	58,2	56,7	75,8	38 051	45 831	49 553
Klee und Klee gras	61,6	66,6	59,6	78,5	34 712	33 656	40 913
Luzerne	61,3	61,7	59,7	80,7	11 026	11 015	14 427

¹⁾ in Heu gerechnet.

Ertragserwartungen für Feldfrüchte 1986

Fruchtart	Hektarertrag			
	D 1980/85	1985	1. Vorschätzung Anfang Juli	
			1985	1986
	dt			
Winterweizen	50,8	55,9	51,4	49,8
Sommerweizen	43,7	46,9	42,0	42,9
Roggen	40,3	45,0	41,1	42,3
Wintergerste	48,9	50,9	49,1	47,0
Sommergerste	37,9	43,3	39,4	39,6
Hafer	37,6	40,9	37,0	36,4
Wintermenggetreide	39,9	42,5	40,6	39,6
Sommernenggetreide	35,9	40,5	37,3	37,3
Frühkartoffeln	237,3	277,2	228,9	237,8
Winterraps	24,4	24,3	24,8	25,6

Zum Sommer hin überwiegend warm

Die weitere Entwicklung des Pflanzenwachstums wurde durch die ab Mitte Mai günstigen Temperaturen gefördert. Zum Juni hin gelangte zwar hochreichende Kaltluft nach Mitteleuropa und gestaltete die Witterung für diese Jahreszeit zu kühl, ab der zweiten Juniwoche stiegen die Temperaturen jedoch allmählich wieder bis zu sommerlichen Werten an. Bei überwiegend geringer Niederschlagsneigung bestimmten sie bis Anfang Juli das Wetter. Nach einer kurzen kühleren und regnerischen Phase bescherte der Juli im weiteren Verlauf eine hochsommerliche Schönwetterperiode.

Getreideernte nicht höher als im Vorjahr

Trockenschäden und Notreife waren aufgrund des andauernden niederschlagsfreien Juliwetters die erwartungsdämpfenden Botschaften zum Beginn der Getreideernte.

Noch keinen Anlaß zur Beunruhigung hatte der Winter gegeben. Größere Auswinterungsschäden waren nicht festzustellen. Sie konnten zwar gebietsweise bei geringer Schneedecke und Verwehungen auftreten, hielten sich aber landesweit mit 1,4 % Anteil an der Aussaatfläche bei Winterraps und 0,6 % bei Wintergerste in engen Grenzen.

Zum Frühjahr ist Sommergetreide zwar witterungsbedingt erst mit drei- bis vierwöchiger Verspätung ausgesät worden, fand jedoch bei ausreichender Feuchtigkeit und erwärmten Böden zunächst gute Auflaufbedingungen. Anfängliche Befürchtungen hinsichtlich einer schlechten Getreideernte aufgrund der dann ungünstigen Witterung – die Beurteilung des Wachstumsstandes fiel Mitte April allgemein schlechter aus als im Vorjahr – schienen Anfang Juni endgültig zerschlagen.

Der vorübergehende Kälteeinbruch im Juni traf nur die wärmeliebenden Maisbestände in stärkerem Maße, so daß der Wachstumsstand Anfang Juli hier lediglich mit 3,0 benotet wurde. Allerdings konnte der Mais bei sommerlichen Temperaturen seinen Rückstand wieder aufholen. Hackfrüchte – mittelfrühe und späte Kartoffeln, Zuckerrüben und Runkelrüben – wiesen einen guten Wachstumsstand auf. Die niederschlagsarme Witterung dürfte jedoch ihre Auswirkungen auf diese Feldfrüchte zeigen.

Die ersten Ertragsschätzungen entsprachen bei Getreide und Raps mit geringen positiven oder negativen Abweichungen weitgehend den sechsjährigen Durchschnittserträgen, blieben aber, abgesehen vom Raps, durchweg unter dem endgültigen Ergebnis des Vorjahres. Je nach Standort kann die Flächenleistung aufgrund der Trockenheit im Juli und einsetzender Notreife sogar noch etwas niedriger liegen. Dies zeigte sich schon bei der Wintergerste, deren Ernte witterungsbedingt zügig voranging.

Noch mit Einschränkungen sind unter diesem Aspekt die aufgrund der Vorschätzungen kalkulierten Erntemengen behaftet. Genaueres werden erst die Ende August vorliegenden Ergebnisse aus der Besonderen Erntermittlung liefern. Unter Berücksichtigung der um 4 % verringerten Anbaufläche und eines geringeren Hektarertrages wird die Getreideernte voraussichtlich zwischen 1,4 und 1,5 Mill. t liegen und damit unter dem Ergebnis des Vorjahres (1,59 Mill. t) bleiben. Anders beim Raps, dessen Ertragsleistung höher als 1985 eingeschätzt wurde und der zudem eine beträchtliche Anbauausdehnung erfuhr.

Frühkartoffeln verzeichneten, bedingt durch den drastischen Preisverfall im letzten Jahr einen deutlichen Anbaurückgang, so daß sie selbst bei guten Erträgen unter der Erntemenge des Vorjahres bleiben. Die erste Ertragsschätzung (Vorschätzung Anfang Juli) lag im sechsjährigen Durchschnitt. Die endgültige Flächenleistung dürfte demnach wohl kaum enttäuschen. Im übrigen ist für die mittelfrühen und späten Kartoffeln bei andauernder Trockenheit mit Ertragsminderungen zu rechnen.

Weniger Rohfutter bei guter Qualität

Witterungsbedingt wurde im Gegensatz zum Vorjahr der Wachstumsstand sowohl des Dauergrünlandes als auch der Grünfütterbestände auf dem Ackerland Mitte April schlechter als normal beurteilt. Insbesondere in den Höhengebieten waren Wiesen, Weiden und Mähweiden in der Entwicklung deutlich zurück. Im Mai gab es den bis zum ersten Schnitt noch nötigen Wachstumsschub. Bei rascher ausreichender Trocknungsmöglichkeit eröffnete die zweite Junihälfte beste Voraussetzungen für die Heuwerbung, so daß es in der Regel eine qualitativ gute Ernte gab.

Ertragserwartungen für Obst im Marktobstbau 1986

Obstart	Ertrag		
	D 1980/85	1985	1986
	kg je Baum		
Süßkirschen	24,5	23,0	26,2 ¹⁾
Sauerkirschen	20,1	18,0	21,3 ¹⁾
Äpfel	21,8	21,4	23,0
Birnen	20,0	17,8	17,6
Pflaumen / Zwetschen	27,7	30,2	26,6
Mirabellen / Renekloden	24,6	32,3	23,3
Aprikosen	16,2	13,1	15,2
Pfirsiche	13,7	10,1	16,2
Erdbeeren (dt/ha)	76,9	76,3	77,7 ¹⁾

1) Endgültige Erträge.

Erträge ausgewählter Gemüsearten 1986

Gemüseart	Hektarertrag		
	D 1980/85	1985	1986
	dt		
Frühjahrsspinat	184,7	192,6	(187,9) ¹⁾
Frühkohlrabi	278,0	393,2	(280,7) ¹⁾
Frühjahrskopfsalat	209,5	210,7	(215,6) ¹⁾
Spargel	36,6	36,8	37,0
Frühweißkohl	326,4	347,7	300,9
Frührotkohl	298,9	311,5	290,7
Frühwirsing	249,1	260,1	243,7
Frühblumenkohl	242,4	271,5	245,7
Frühe Möhren	228,2	220,7	238,2
Buschbohnen	98,3	102,3	96,7 ²⁾
Stangenbohnen	143,2	147,3	152,6 ²⁾
Einlegegurken	171,6	180,3	156,3 ²⁾

1) () Die Angaben für 1986 sind geklammert worden, um auf die durch die radioaktiven Immissionen in unterschiedlichem Ausmaß eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von 1985 hinzuweisen. – 2) Vorschätzung.

Die Flächenleistung der ersten Rohfutterernte blieb jedoch mit 54 dt je Hektar (umgerechnet in Heu) deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres und auch knapp unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Die Gesamtrohfruttermenge des ersten Schnitts (einschließlich Grünfutter umgerechnet in Heu) lag mit insgesamt rund 1 Mill. t um etwa 10% unter dem Vorjahresergebnis.

Die anhaltende Trockenheit im Juli blieb im übrigen nicht ohne Auswirkungen auf den Futternachwuchs. Es wird demzufolge kaum damit zu rechnen sein, daß alle Schnitte insgesamt den Ertrag des Vorjahres erbringen werden.

Gute Obsternte – erneut hohe Kirschenerträge

Über größere Frostschäden an Holz und Blüte wurde beim Obst, anders als 1985, nur vereinzelt berichtet. Die Obstbaublüte, die normalerweise bei frühen Arten schon Mitte April einsetzt, begann witterungsbedingt mit etwas Verspätung, zeigte sich dann jedoch bei steigenden Temperaturen in voller Pracht.

Die Ertragserwartungen bei Kirschen wurden allerdings durch die naßkalte Witterung in der Nachblütezeit gedämpft. Schlechter Insektenflug und verminderter Fruchtansatz führten dazu, daß bei Sauerkirschen bereits die Vorschätzungen im Juni gegenüber der Mai-prognose um gut 1 kg je Baum und bei Süßkirschen sogar um gut 5 kg heruntergeschraubt werden mußten. Damit lagen sie aber noch über dem Vorjahresniveau.

Mit Baumerträgen bei Sauerkirschen von 21,3 kg und bei Süßkirschen von 26,2 kg wurden letztlich nach der endgültigen Ertragsschätzung sowohl das vorjährige als auch das mehrjährige Vergleichsergebnis im Marktobstbau deutlich übertroffen. Die Erntemengen zum Verkauf lagen mit rund 20 500 dt bei Süßkirschen und knapp 232 000 dt bei Sauerkirschen um fast 14% bzw. 18% über denjenigen des Jahres 1985. Im übrigen Anbau wurden 3 bis 3,5 kg weniger als im Marktobstbau vom Baum gepflückt und so die Vorjahresernte bei Süßkirschen knapp erreicht, bei Sauerkirschen knapp übertroffen.

Die Erdbeeren brachten mit fast 78 dt je Hektar in diesem Jahr einen guten Ertrag. In der Regel zufriedenstellende Ernten lassen zudem die übrigen Obstarten erwarten, wenn auch vereinzelte Meldungen über stärkeren Junifall, zum Beispiel bei Äpfeln, die Schätzungen bestimmen. Im Marktobstbau ist bei Äpfeln bisher noch mit einem über dem Vorjahresergebnis liegenden Baumertrag von 23 kg und einer Erntemenge von gut 328 000 dt zu rechnen. Die Birnen werden voraussichtlich ähnliche Erträge wie 1985 bringen. Deutlich höhere Erträge als 1985 versprechen, offensichtlich aufgrund der in diesem Jahr geringeren Frostschäden, die Aprikosen und Pfirsiche. Lediglich Pflaumen und Zwetschen sowie Mirabellen und Renekloden sollen unter dem Vorjahresergebnis und auch noch unter dem mehrjährigen Vergleichswert bleiben.

Meist durchschnittliche Gemüseeerträge

Das Reaktorunglück in Tschernobyl sorgte dafür, daß nicht alles Gemüse, das in diesem Jahr angebaut wurde, auch geerntet werden konnte. Über die Berichterstattung waren daher die Erntemengen, vor allem der ersten frühen Gemüsekulturen wie Frühjahrsspinat, Frühkohlrabi und Frühjahrskopfsalat, in diesem Jahr nur bedingt erfaßbar.

Spargel brachte mit 37 dt je Hektar eine Durchschnittsernte. Die Erträge der frühen Kohlarten sind deutlich unter den Ergebnissen des Vorjahres geblieben und erreichten nur knapp den mehrjährigen Vergleichswert. Lediglich die frühen Möhren schnitten etwas besser ab. Der in der Regel gegenüber dem Vorjahr etwas schlechter beurteilte Wachstumsstand im Mai – hierfür wurden die bis dahin zu geringen Temperaturen verantwortlich gemacht – konnte offensichtlich nicht ausreichend kompensiert werden. Gute Erträge lassen die Vorschätzungen für Bohnen erwarten, insbesondere für Stangenbohnen, die von dem warmen Frühsommer profitierten.

Den Wachstumsstand der mittelfrühen und späten Gemüsearten beurteilten die Berichtersteller im Juni/ Juli ebenso günstig wie 1985. Allerdings setzen entsprechende Erträge eine ausreichende Wasserversorgung voraus. Erfreuliche Aussichten bieten die Tomaten, für die es im Vorjahr entschieden zu kühl war. Der weit bessere Wachstumsstand läßt eine gute Ernte erwarten, die natürlich angesichts der weit über 90 % Importware nur einen geringen Teil des Tomatenangebots ausmachen wird.

Sonnige Aussichten beim Wein

Optimisten prophezeien bereits einen qualitativ und quantitativ guten Jahrgang. Doch diesbezüglich spielt die Witterung im August und vor allem im September noch eine entscheidende Rolle. Allerdings sind berechnete Hoffnungen angebracht, daß ein weiterer erfreulicher Weinherbst bevorsteht.

Ende April noch war die Entwicklung der sonnenhungrigen Reben deutlich zurück. Die nachfolgende warme Witterung verkürzte das Wachstumsdefizit

schnell. In der zweiten Maiwoche setzte etwas verzögert der Rebaustrieb auch in weniger günstigen Lagen ein. Er wurde von den Weinbauberichterstattem in den einzelnen Anbaugebieten überwiegend als gut angesehen. Einschränkungen kamen lediglich aus Rheinhessen, wo die Frostschäden des Winters 1984/85 nachwirkten. Die diesjährigen Schäden hielten sich in engen Grenzen. Auch der allgemeine Wachstumsstand lag durchweg günstiger.

Alles in allem ein guter Frühjahrsstart, der seine Krönung in einer durch die warme Maiwitterung hervorgerufenen Blütenexplosion fand. Den Gescheinansatz hatten drei Viertel der Berichterstatter als gut bezeichnet. Bis Ende Juni hatte überall die Blüte eingesetzt. Vielerorts fiel sie bereits in die zweite Junidekade, so überwiegend bei den Sorten Müller-Thurgau und Blauer Portugieser, während beispielsweise Riesling und Elbling vermehrt erst später in die Blüte kamen. Die warme Sommerwitterung hatte die Reben in ihrer Entwicklung endgültig aufholen lassen und die Blüte in ihrem Verlauf beschleunigt. Sie war bei den meisten Sorten – abgesehen vom Elbling – größtenteils nach einer Woche, teilweise bereits nach vier Tagen, abgeschlossen und damit wesentlich kürzer als 1985. Ihr Verlauf wurde einheitlich als gut beurteilt.

Der allgemeine Wachstumsstand der Reben zeigte sich im Juli im Schnitt besser als normal (Note 2,2). Durch die günstigen Wetterbedingungen halten die Reben einen deutlichen Vegetationsvorsprung. Als weiteren Vorteil hat die heiße Witterung den Rebkrankheiten kaum eine Chance gelassen.

Abgesehen vom Gescheinansatz und Blüteverlauf bietet natürlich der Traubenansatz wesentliche Anhaltspunkte hinsichtlich der Ernteaussichten. Auch er wird

Beurteilung des Traubenansatzes 1985 und 1986

Anbaugebiet Bereich	Schlecht		Mittel		Gut	
	1985	1986	1985	1986	1985	1986
	% der eingegangenen Berichte					
Ahr	20	–	60	–	20	100
Mittelrhein	–	–	64	12	36	88
Bacharach	–	–	25	20	75	80
Rhein-Burgengau	–	–	80	8	20	92
Mosel-Saar-Ruwer	9	–	69	19	22	81
Bernkastel	13	–	60	14	27	86
Obermosel	8	–	84	54	8	46
Saar-Ruwer	–	–	65	11	35	89
Zell/Mosel	12	–	73	17	15	83
Nahe	11	–	73	9	16	91
Bad Kreuznach	11	–	83	12	6	88
Schloß Böckelheim	12	–	65	7	23	93
Rheinhessen	38	–	53	19	9	81
Bingen	38	–	54	18	8	82
Nierstein	35	–	57	16	8	84
Wonnegau	42	–	46	22	12	78
Rheinpfalz	12	–	67	7	21	93
Südliche Weinstraße	15	–	55	6	30	94
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	9	–	82	8	9	92
Rheinland-Pfalz	19	–	64	14	17	86

von den Weinberichterstattem mehrheitlich (86%) als gut angesehen. 1985 waren es nur 17%, dagegen berichteten 64% über einen mittleren Ansatz. Überwiegend wurden keine (je nach Sorte 80% oder 90% der Meldungen) oder zumeist nur schwache Verrieselungsschäden angegeben. Vergleichsweise stärker betroffen war der Elbling, für den 30% der Weinberichterstatter schwache Schäden meldeten. Im allgemeinen stehen die Reben gut und die Entwicklung der Trauben macht beste Fortschritte.

Dr. Birgit Hübbers

Preise für Kraftstoffe und Heizöl sowie Kraftfahrer-Preisindex
1985 bis Juni 1986

Der Preisanstieg im Bundesgebiet war im Jahre 1985 und in der ersten Jahreshälfte 1986 so gering wie seit vielen Jahren nicht mehr. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhte sich 1985 nur noch um 2,2%. Das ist die niedrigste jährliche Teuerungsrate seit 16 Jahren. Verursacht wurde diese Entwicklung vor allem durch einen geringen Preisanstieg der Rohstoffe, rückläufige Einfuhrpreise und die weitere Konsolidierung der staatlichen Haushalte. Im Monatsdurchschnitt Januar bis Juni 1986 ermäßigte sich der Anstieg des Verbraucherpreisindex auf + 0,2 %, gegenüber dem ersten Halbjahr 1985, wobei in den Monaten April bis Juni erstmals seit Berechnung dieses Preisindex im Jahre 1962 eine Preissenkungsrate von jeweils - 0,2% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ermittelt wurde. Im Juli fiel diese mit - 0,5% sogar noch stärker aus. Die in diesem Jahr eingetretene Stabilisierung des Verbraucherpreisniveaus wurde hauptsächlich hervorgerufen durch die drastischen Preisreduzierungen für Rohöl auf dem Weltmarkt und die Abwertung des US-Dollars gegenüber der D-Mark.

Gesamtlebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe
und Kraftstoffe im I. Halbjahr 1986 um 1,7% teurer

Die Verteuerung der flüssigen Brennstoffe und Kraftstoffe trug im vergangenen Jahr noch zu einer ganz geringen weiteren Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung um 0,1% bei. Im ersten Halbjahr 1986 hingegen führten die starken Verbilligungen für Heizöl, Benzin und Dieselmotorkraftstoff dazu, daß sich die Gesamtlebenshaltung fast nicht mehr verteuerte, während ohne Berücksichtigung der flüssigen Brennstoffe und Kraftstoffe eine Steigerungsrate von 1,7% gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 errechnet wurde.

Normalbenzinpreis bewegte sich in 18 Monaten
zwischen 1,42 DM und 98 Pfennig

Die Kraftstoffpreise befanden sich von Anfang 1985 bis Mitte 1986 in Rheinland-Pfalz in ununterbrochener Bewegung. Es gab keinen Monat, in dem die Verbrau-

cherpreise für Normal- und Superbenzin sowie Dieselkraftstoff unverändert blieben. Der Liter Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete im Januar 1985 im Landesmittel 1,33 DM, erreichte im Juni mit 1,42 DM den bisherigen Höchstpreis und verbilligte sich bis April dieses Jahres auf 98 Pfennig, um dann bis Juni wieder auf 1,06 DM anzusteigen. Im Juli erfolgte ein erneuter Rückgang auf 1,01 DM. Von Januar bis Juli konnte eine Verbilligung um 20% ermittelt werden. Analog verlief die Preisentwicklung für Superbenzin (Markenware, Selbstbedienung), das im Mai 1985 mit 1,48 DM je Liter am teuersten war und im April dieses Jahres mit 1,04 DM den niedrigsten Preisstand im Berichtszeitraum erreicht hatte. Der Literpreis für Dieselkraftstoff (Markenware, Selbstbedienung) hatte eine ähnliche Tendenz aufzuweisen. Der Höchstpreis war im März vergangenen Jahres mit 1,41 DM errechnet worden, am billigsten war Dieselkraftstoff im Juli dieses Jahres mit 94 Pfennig. Seit Juni wird Diesel erstmals in diesem Jahr deutlich billiger als Normalbenzin angeboten.

Nach der am 1. April des vergangenen Jahres eingetretenen Erhöhung der Mineralölsteuer für verbleites Benzin um 2 Pfennig auf 53 Pfennig je Liter und der Verminderung für unverbleites Benzin um 2 Pfennig auf 49 Pfennig folgte am 1. Januar dieses Jahres eine weitere Steuerermäßigung für unverbleites Benzin um 3 auf 46 Pfennig. Legt man den im Juli dieses Jahres ermittelten Literpreis für verbleites Benzin von 1,01 DM zugrunde, so sind darin 65 Pfennig an Steuern (53 Pfennig Mineralölsteuer und 12 Pfennig Umsatzsteuer) enthalten. Das entspricht einem Anteil von 64% am Gesamtpreis.

Die Preise für bleifreies Benzin werden im Rahmen der Verbraucherpreisstatistik in Rheinland-Pfalz ab Februar 1986 an 46 Tanksäulen in elf Städten erfragt. Sie haben wegen der geringen Anzahl der Berichtsstellen auf Landesebene nur eine eingeschränkte Aussagekraft. Der Liter bleifreies Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete im Juli 99 Pfennig und war 2 Pfennig billiger als verbleites Normalbenzin. Der Literpreis für bleifreies Superbenzin (Markenware, Selbstbedienung) belief sich im Juli auf 1,04 DM, das sind ebenfalls 2 Pfennig weniger als für verbleites Superbenzin. Bleifreies Benzin wurde ebenso wie verbleites Benzin an ringfreien Tankstellen etwa 2 Pfennig billiger verkauft als an Markentankstellen.

Preisindex für die Lebenshaltung
aller privaten Haushalte
im Bundesgebiet 1980 - Juni 1986

Jahr Monat	Gesamt- lebenshaltung		Gesamt- lebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe	
	1980 = 100	Ver- änderung z. Vorjahr in %	1980 = 100	Ver- änderung z. Vorjahr in %
1980	100,0	5,4	100,0	4,8
1981	106,3	6,3	105,7	5,7
1982	111,9	5,3	111,5	5,5
1983	115,6	3,3	115,6	3,7
1984	118,4	2,4	118,4	2,4
1985	121,0	2,2	120,9	2,1
1986 Januar	121,6	1,3	122,2	2,0
Februar	121,3	0,7	122,6	1,9
März	121,0	0,1	122,6	1,7
April	120,9	- 0,2	122,8	1,6
Mai	120,9	- 0,2	122,9	1,5
Juni	121,1	- 0,2	123,1	1,6

Die Kraftstoffpreise im Bundesgebiet zeigten eine fast gleichlaufende Entwicklung mit denjenigen in Rheinland-Pfalz. Auch die absolute Preishöhe entsprach etwa der in Rheinland-Pfalz. Im Juni dieses Jahres kostete im Durchschnitt des Bundesgebietes ein Liter Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) 1,06 DM, Superbenzin 1,12 DM und Dieselkraftstoff 99 Pfennig. Der jeweilige Preisstand entsprach in diesem Monat genau dem rheinland-pfälzischen.

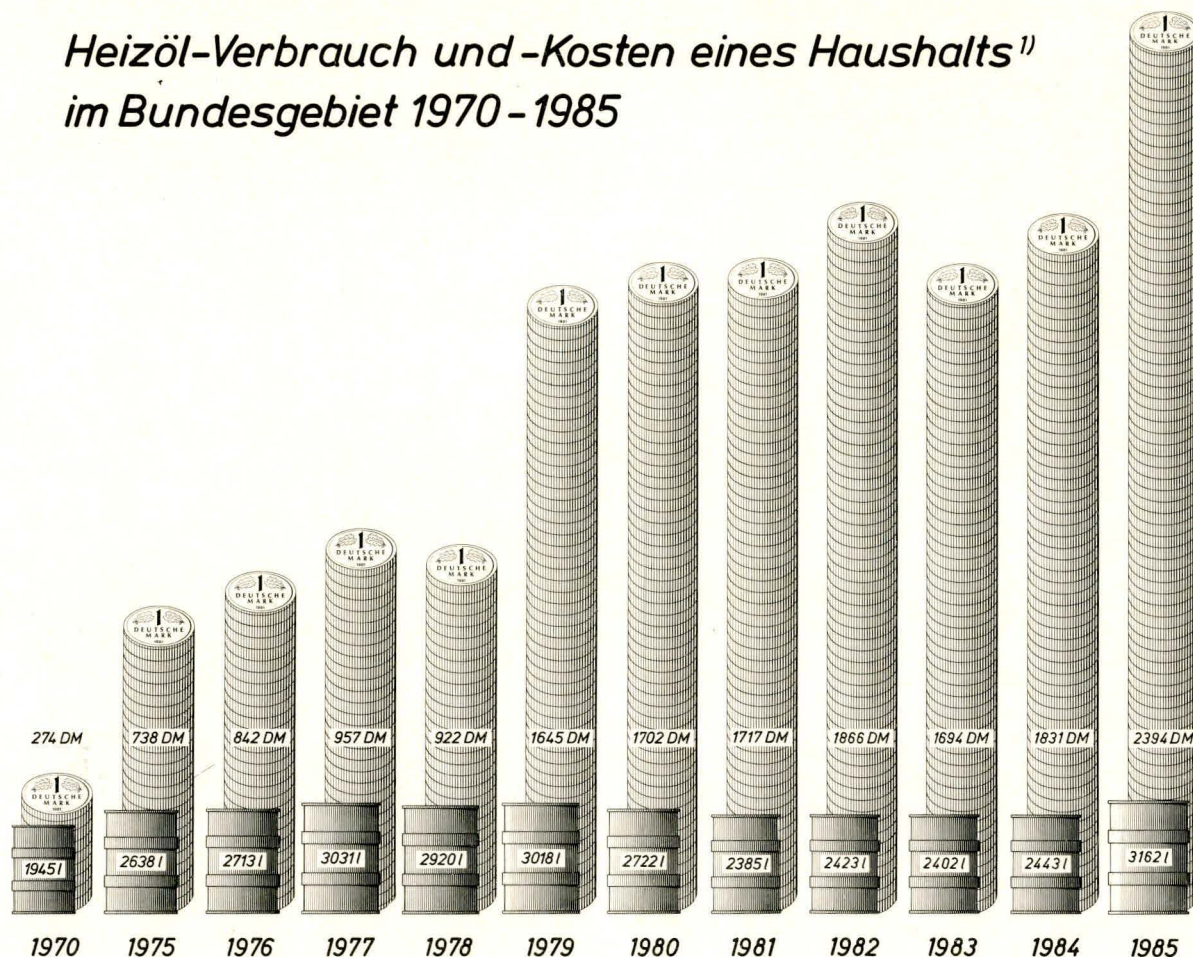
Über die Höhe des jährlichen Verbrauchs an Kraftstoffen je Haushalt geben die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen Aufschlüsse, denen jedoch nur eine eingeschränkte Aussagekraft zukommt, da hierfür im Bundesgebiet monatlich nur etwa 1 000 Haushalte berichten. Aus den Ergebnissen läßt sich aber für einen größenordnungsmäßig bedeutsamen Teil der Bevölkerung ein umfassendes Bild über die Ausgaben für den privaten Verbrauch im Bundesgebiet und somit auch für die durchschnittlichen Jahresaufwendungen für Energie gewinnen.

Im Bundesgebiet mußte ein Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen und mit Personenkraftwagen im Jahre 1985 für Kraftstoffe durchschnittlich 1 494 DM aufwenden, wobei ein durch-

Verbraucherpreise für Kraftstoffe (Selbstbedienung) und Heizöl 1980 - Juli 1986

Jahr Monat		Normalbenzin		Superbenzin		Dieselkraftstoff		Heizöl
		Marken- ware	ringfrei	Marken- ware	ringfrei	Marken- ware	ringfrei	
		Pfennig je Liter						
1980		112,8	110,6	117,6	115,2	114,0	111,0	62,12
1981		136,7	134,0	141,7	138,4	127,0	123,1	73,08
1982		132,7	131,4	138,8	136,9	130,1	127,3	77,16
1983		132,2	129,7	138,7	135,8	127,5	124,8	70,96
1984		132,1	129,5	138,3	135,5	129,6	126,7	75,03
1985		135,3	132,9	142,0	139,4	133,4	130,7	78,23
1986	Januar	125,8	123,9	132,4	130,6	126,5	124,0	65,63
	Februar	114,5	112,6	120,2	118,6	114,3	112,6	58,80
	März	100,3	99,3	106,5	105,1	109,3	106,5	55,36
	April	98,2	96,3	104,2	102,6	106,8	104,5	53,16
	Mai	99,7	97,8	105,7	104,2	103,2	101,7	45,53
	Juni	106,3	105,0	111,9	110,4	99,1	97,5	39,18
	Juli	101,1	98,7	106,2	104,4	93,6	91,7	30,05

Heizöl-Verbrauch und -Kosten eines Haushalts¹⁾ im Bundesgebiet 1970 - 1985



¹⁾ Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen und öbeheizter Wohnung.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

schnittlicher Literpreis für Benzin von 1,38 DM zugrunde gelegt wurde. Eine Verbilligung des Benzinpreises um ein Viertel ergibt eine jährliche Ersparnis von rund 370 DM. Für Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen, die einen höheren Kraftstoffverbrauch aufzuweisen haben, verminderten sich durch die Preissenkungen die durchschnittlichen jährlichen Ausgaben um fast 500 DM.

Kraftfahrer-Preisindex von Juni 85 bis Juni 86 um 4,4 % gesunken.

Der über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ermittelte Index für die Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung, auch Kraftfahrer-Preisindex genannt, zeigt die Preisveränderung der durchschnittlich aufzubringenden Beträge für die Anschaffung und Unterhaltung von Personenkraftwagen und Motorrädern. Der Kraftfahrer-Preisindex erhöhte sich zunächst von Januar bis Juni vorigen Jahres um 2,6 %, vorwiegend verursacht durch steigende Kraftstoffpreise. Dann ging er in den darauffolgenden zwölf Monaten um 4,4 % zurück. Verglichen mit dem schon ganz ungewöhnlichen Sinken des Verbraucherpreisindex im Juni dieses Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat (- 0,2 %) hat sich die Anschaffung und Unterhaltung von Kraftfahrzeugen

gegenüber Jahresfrist weiter verbilligt. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch Preisreduzierungen für Kraftstoffe um ein Viertel. Der Rückgang des Index wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht die Kfz-Steuer Anfang 1986 um ein Viertel angehoben worden wäre. Die Preisveränderungen für die übrigen Positionen bewegten sich von Juni 1985 bis Juni 1986 zwischen 0,1 und 2 %. Im einzelnen gab es folgende Veränderungsdaten: Anschaffung von Personenkraftwagen + 2 %, Anschaffung von Kraftfahrzeugen + 1,5 %, Kraftstoffe - 25 %, Ersatzteile, Zubehör und Autopflegemittel + 1,7 %, Reparaturen, Inspektion, Wagenwäsche + 1,7 %, Garagenmiete + 1,6 %, Fahrschule + 0,4 %, Kfz-Versicherungen + 0,1 % und Kfz-Steuer + 25 %.

Literpreis für Heizöl von Januar bis Juli 1986 um mehr als die Hälfte auf 30 Pfennig gesunken

Die Preisentwicklung für Heizöl verlief analog derjenigen für Diesellost. Der Preis für 100 Liter Heizöl erhöhte sich 1985 im Jahresdurchschnitt um 4,3 % auf 78,23 DM, wobei im März mit 87,39 DM der bisher höchste Preisstand festgestellt wurde. Er fiel im Januar dieses Jahres auf 65,63 DM und verbilligte sich bis Juli um mehr als die Hälfte auf 30,05 DM. Heizöl ist inzwischen wieder fast so preiswert wie vor Beginn der ersten Ölpreiskrise im November 1973.

Kfz-Anschaffung und -Unterhaltung („Kraftfahrer-Preisindex“) 1980 - Juni 1986
1980 = 100

Jahr Monat	Gesamt- index	Personen- kraft- wagen	Kraft- räder	Kraft- stoffe	Ersatz- teile, Zubehör und Auto- pflege- mittel	Repara- turen, In- spektion, Wagen- wäsche	Garagen- miete	Fahr- schule	Kfz- Versi- cherung	Kfz- Steuer
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	108,8	105,3	104,7	119,5	105,9	107,5	102,2	104,7	104,4	100,0
1982	112,4	112,0	108,4	117,0	103,8	118,7	104,2	112,4	108,9	100,0
1983	116,9	119,1	110,7	116,1	112,5	129,3	106,3	114,7	111,5	100,0
1984	120,2	125,0	113,7	116,5	114,1	134,3	108,2	116,3	113,7	100,0
1985	124,1	129,4	117,0	119,7	116,0	137,8	109,3	117,4	122,4	100,0
1985 Januar	122,3	127,0	115,0	118,0	114,9	136,2	108,8	117,3	121,2	100,0
1985 Februar	122,7	127,0	116,2	119,2	115,1	136,5	108,9	117,3	121,7	100,0
1985 März	122,9	127,0	116,3	119,3	115,3	136,9	109,2	117,5	122,2	100,0
1985 April	124,2	129,0	116,3	121,0	115,6	137,3	109,2	117,5	122,6	100,0
1985 Mai	125,7	130,2	116,8	124,7	115,7	137,6	109,2	117,5	122,6	100,0
1985 Juni	125,5	130,2	116,9	123,9	116,0	137,9	109,3	117,4	122,6	100,0
1985 Juli	124,9	130,2	117,0	121,5	116,2	137,9	109,2	117,3	122,6	100,0
1985 August	123,9	130,2	117,0	117,6	116,3	138,0	109,5	117,3	122,6	100,0
1985 September	123,2	130,2	117,4	114,4	116,4	138,6	109,5	117,2	122,6	100,0
1985 Oktober	124,5	130,5	118,1	119,2	116,4	138,6	109,6	117,3	122,5	100,0
1985 November	124,6	130,5	118,2	119,1	117,2	138,7	109,7	117,3	122,5	100,0
1985 Dezember	124,6	131,2	118,2	117,9	117,3	138,8	109,9	117,4	122,5	100,0
1986 Januar	124,4	132,2	117,7	111,6	117,4	139,0	110,4	117,5	122,5	127,7
1986 Februar	121,8	132,4	117,8	101,3	117,6	139,1	110,9	117,6	122,5	127,4
1986 März	119,3	132,4	118,0	91,5	117,7	139,5	110,9	117,4	122,5	127,0
1986 April	118,4	132,4	118,1	88,1	117,7	140,0	111,0	117,8	122,7	125,7
1986 Mai	118,6	132,4	118,7	88,6	117,9	140,1	111,1	117,8	122,7	125,6
1986 Juni	120,0	132,8	118,7	93,3	118,0	140,3	111,1	117,9	122,7	124,9

Wie stark die Heizölrechnungen die privaten Haushalte im Bundesgebiet belasten, zeigen die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte. Ein Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen, der seine Wohnung mit Öl beheizt, verbrauchte im Jahre 1970 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt 1945 Liter Heizöl, für die er 274 DM bezahlen mußte, 1980 waren es 2 722 Liter, die inzwischen 1 701 DM kosteten und 1985, nicht zuletzt infolge des strengen Winters, 3 162 Liter bei einem Preis von 2 394 DM. Angesichts der in diesem Jahr eingetretenen Reduzierung der Heizölpreise auf etwa die Hälfte können die Haushalte der mittleren Verbrauchergruppen bei Nutzung der Preisvorteile jährlich rund 1 200 DM einsparen. Für Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen ergeben sich wegen der höheren Verbrauchsmenge an Heizöl durch die gesunkenen Preise noch größere jährliche Einsparungen, die rund 1 350 DM ausmachen.

Ein Vergleich der rheinland-pfälzischen Heizölpreise mit denen, die im Durchschnitt für das Bundesgebiet ermittelt wurden, zeigt erneut einen nahezu parallelen Verlauf. Auch die absolute Höhe der Preise fiel im Bundesgebiet nur geringfügig höher aus. Im Juni dieses Jahres kosteten im Bundesgebiet 100 Liter Heizöl 40,20 DM, das sind 1,02 DM oder 2,5% mehr als in Rheinland-Pfalz.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Kaufwerte für Bauland 1985

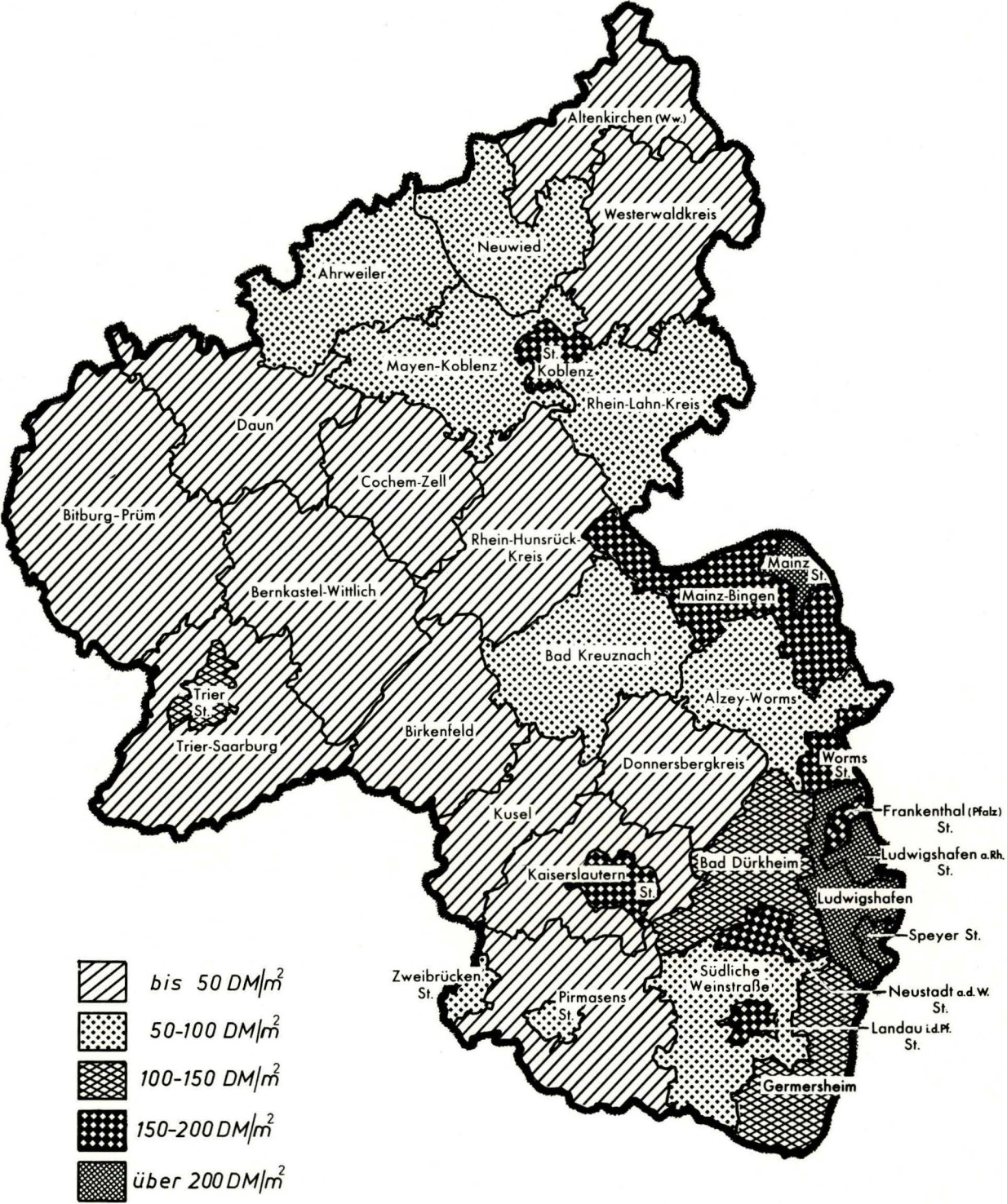
Bis einschließlich 1981 waren zur Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für Bauland nach § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik die Finanzämter berichtspflichtig. Ab 1982 sind in Rheinland-Pfalz die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für die Grundstücksbewertung bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern meldepflichtig. Zunächst wurden in der Statistik der Kaufwerte für Bauland alle unbebauten Grundstücke erfaßt, deren Kaufsumme 200 DM und mehr betrug. Ab Januar 1985 wurde diese Erfassungsgrenze so abgeändert, daß nur noch solche Grundstücke in die Statistik einbezogen werden, deren Fläche eine Größe von 100 m² und mehr ausweist. Bebaute Grundstücke werden nicht miterfaßt, da die Kaufverträge im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem Grund und Boden und dem für Gebäude gezahlten Kaufpreis enthalten.

Es werden im folgenden sowohl die aktuelle Situation am Baulandmarkt als auch langfristige Entwicklungstendenzen aufgezeigt. Ein exakter Nachweis der Preisentwicklung des Baulands im Sinne einer echten Preisstatistik ist nicht möglich, da in den jeweiligen Erhebungszeiträumen nach Lage und Beschaffenheit recht unterschiedliche Grundstücke angeboten werden, so daß eine Indexberechnung nicht sinnvoll erscheint.

Fast eine halbe Milliarde Umsatz

Im Jahre 1985 wurden in Rheinland-Pfalz 10 438 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 11,5 Mill. m² und einer Kaufsumme von 493 Mill. DM veräußert. Drei Fünftel der Kauffälle betrafen baureifes Land, 11% Rohbauland und ein Fünftel Land für Ver-

Durchschnittliche Quadratmeterpreise für baureifes Land in den Verwaltungsbezirken 1985



Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Baulandarten 1962 - 1985

Zeitraum	Insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Baureifes Land	Rohbauland	Industrieland	Land für Verkehrszwecke	Freiflächen
Zahl der Fälle							
1962	12 787	.	7 474	4 297	395	509	112
1963	11 548	- 9,7	5 950	4 265	398	847	88
1964	12 702	10,0	6 729	4 628	400	635	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1966	11 555	- 7,4	8 208	2 452	328	438	129
1967	9 600	- 16,9	7 207	1 479	230	559	125
1968	10 846	13,0	7 532	1 800	308	1 018	188
1969	11 886	9,6	8 094	2 152	677	781	182
1970	12 409	4,4	8 446	2 278	670	805	210
1971	14 183	14,3	9 353	3 201	459	945	225
1972	15 515	9,4	10 175	3 605	449	935	351
1973	13 436	- 13,4	9 103	2 757	399	982	195
1974	12 371	- 7,9	7 901	2 271	335	1 233	631
1975	12 674	2,4	8 694	2 042	310	1 206	422
1976	13 402	5,7	9 453	1 986	330	1 308	325
1977	14 301	6,7	10 412	2 004	321	1 340	224
1978	16 274	13,8	11 693	2 442	366	1 441	332
1979	15 679	- 3,7	10 959	2 520	420	1 450	330
1980	14 381	- 8,3	9 823	2 366	451	1 459	282
1981	11 744	- 18,3	7 896	1 534	328	1 658	328
1982	16 195	37,9	7 963	2 044	629	5 254	305
1983	16 768	3,5	9 547	1 692	759	4 536	234
1984	15 340	- 8,5	8 125	1 497	841	4 639	238
1985	10 438	- 32,0	6 233	1 170	672	2 110	253
Fläche in 1 000 m²							
1962	15 706	.	6 273	6 475	2 201	597	160
1963	13 289	- 15,3	5 114	5 955	1 103	942	184
1964	14 672	10,3	5 583	6 209	1 744	946	190
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1966	13 954	- 9,5	7 217	4 591	1 407	474	265
1967	10 215	- 26,8	5 772	2 700	849	708	186
1968	11 507	12,6	6 244	2 816	1 045	1 079	323
1969	14 250	23,8	6 908	3 429	2 670	911	332
1970	14 632	2,7	7 181	3 946	2 298	732	475
1971	17 795	21,6	8 583	5 166	2 360	1 199	487
1972	19 156	7,6	9 698	5 521	2 956	517	464
1973	15 403	- 19,6	7 892	4 688	1 700	752	371
1974	13 444	- 12,7	6 493	3 216	1 170	1 333	1 232
1975	12 915	- 3,9	6 884	2 768	953	1 635	675
1976	12 096	- 6,3	7 261	2 512	1 017	920	386
1977	12 651	4,6	7 872	2 445	985	894	455
1978	15 780	24,7	9 469	3 567	1 576	655	513
1979	15 953	1,1	9 140	3 777	1 589	829	618
1980	15 169	- 4,9	8 630	3 676	1 904	499	460
1981	11 428	- 24,7	6 581	2 318	1 619	584	326
1982	12 355	8,1	5 413	2 430	1 937	2 108	467
1983	14 292	15,7	6 671	1 755	2 725	2 739	402
1984	11 920	- 16,6	5 395	1 579	2 586	1 945	415
1985	11 470	- 3,8	4 645	1 838	2 374	2 107	506
Kaufwerte in DM je Quadratmeter							
1962	8,43	.	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1963	9,69	14,9	12,15	8,65	7,92	6,34	3,61
1964	10,92	12,7	14,01	10,58	6,30	4,55	5,41
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1966	13,45	7,8	16,01	12,19	7,76	7,91	5,58
1967	14,06	4,5	17,87	9,64	11,03	5,95	4,66
1968	16,52	17,5	21,44	11,58	12,00	7,47	9,46
1969	16,60	0,5	23,99	11,29	8,89	6,70	6,58
1970	17,86	7,6	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21
1971	20,12	12,7	24,45	20,85	10,11	9,30	11,30
1972	23,29	15,8	27,64	24,61	9,61	12,72	15,69
1973	25,33	3,8	28,59	24,89	19,19	10,64	19,41
1974	24,71	- 2,4	28,43	30,92	20,44	11,10	7,65
1975	26,87	8,7	33,67	24,25	17,87	14,06	11,99
1976	31,18	16,0	36,68	32,83	14,71	8,06	15,59
1977	34,47	10,6	41,68	30,65	19,31	7,87	15,33
1978	37,75	9,5	47,65	29,13	15,55	13,42	14,37
1979	42,74	13,2	52,73	36,74	24,24	13,75	17,99
1980	44,95	5,2	58,58	33,04	20,35	15,09	18,73
1981	49,78	10,7	66,18	34,58	24,66	12,86	17,82
1982	44,23	- 11,1	70,48	41,26	20,15	9,80	10,61
1983	49,66	12,3	82,91	35,44	25,74	7,72	7,63
1984	48,24	- 2,9	81,50	32,13	23,52	9,29	13,84
1985	42,94	- 11,0	76,25	27,96	25,62	8,62	15,87

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Verwaltungsbezirken 1985

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe	Kauf-fälle	Fläche	Kaufwert je m ²	Kauf-fälle	Fläche	Kaufwert je m ²
	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	Anzahl	1 000 m ²	DM	Anzahl	1 000 m ²	DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	155	203	17 938	88	43	198,25	15	18	85,75
Landkreise									
Ahrweiler	377	375	18 477	177	116	94,99	74	82	48,61
Altenkirchen (Ww.)	521	527	13 498	329	286	35,39	62	69	17,02
Bad Kreuznach	427	526	18 208	286	225	59,01	32	60	20,34
Bad Kreuznach, St	56	96	6 933	38	31	156,68	4	19	35,14
Birkenfeld	307	352	6 907	161	176	31,51	41	73	9,38
Idar-Oberstein, St	67	80	2 742	47	49	45,78	2	.	.
Cochem-Zell	307	281	5 994	193	135	31,72	48	38	18,94
Mayen-Koblenz	808	765	35 883	390	235	92,46	124	117	50,81
Andernach, St	63	84	5 203	44	31	114,56	-	-	-
Mayen, St	84	166	4 480	39	20	121,35	1	.	.
Neuwied	283	312	17 659	230	174	77,28	23	25	36,31
Neuwied, St	60	70	5 869	46	27	134,03	6	4	69,18
Rhein-Hunsrück-Kreis	362	726	12 945	219	181	41,71	45	355	10,31
Rhein-Lahn-Kreis	381	391	15 000	189	140	60,85	89	136	37,15
Lahnstein, St	49	84	6 867	26	16	160,37	11	43	85,21
Westerwaldkreis	395	394	14 971	333	257	44,21	24	20	14,96
RB Koblenz	4 323	4 852	177 480	2 595	1 968	58,64	577	993	25,38
Kreisfreie Stadt Trier	110	117	10 984	66	66	139,57	13	16	30,70
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	483	449	9 858	239	175	38,62	86	106	14,29
Bitburg-Prüm	424	570	12 430	277	271	33,48	21	39	8,16
Daun	246	282	5 212	174	150	25,67	13	26	11,59
Trier-Saarburg	368	374	9 130	242	190	39,99	20	24	16,68
RB Trier	1 631	1 792	47 614	998	852	42,89	153	211	14,31
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	62	64	5 900	40	27	160,96	3	5	66,79
Kaiserslautern	87	382	13 752	70	66	156,82	2	.	.
Landau i. d. Pfalz	118	306	12 331	43	37	175,64	19	51	33,55
Ludwigshafen a. Rhein	178	202	18 212	89	43	278,10	14	28	106,26
Mainz	131	89	23 767	120	53	402,47	5	6	210,00
Neustadt a. d. Weinstr.	76	92	8 339	51	27	191,23	5	4	87,34
Pirmasens	49	63	3 837	33	37	88,84	2	.	.
Speyer	38	19	4 221	29	15	266,13	-	-	-
Worms	131	108	11 774	91	54	186,23	-	-	-
Zweibrücken	79	58	2 419	43	26	70,97	4	6	21,63
Landkreise									
Alzey-Worms	292	277	17 954	257	168	83,25	24	68	37,06
Bad Dürkheim	402	381	13 386	112	72	112,47	25	41	57,58
Donnersbergkreis	284	357	8 718	198	165	35,36	18	37	20,69
Germersheim	206	144	13 099	166	120	107,52	-	-	-
Kaiserslautern	483	715	19 017	304	288	49,91	50	77	10,94
Kusel	250	196	2 095	70	45	11,09	119	120	10,83
Südliche Weinstraße	416	375	16 133	249	164	79,49	26	28	31,26
Ludwigshafen	483	376	31 480	202	111	205,77	37	47	99,95
Mainz-Bingen	437	350	34 890	303	170	157,60	31	32	64,67
Bingen am Rhein, St	47	61	4 546	34	22	142,66	1	.	.
Ingelheim am Rhein, St	54	57	5 575	22	15	230,23	11	10	79,53
Pirmasens	282	272	6 160	170	137	36,69	56	81	9,95
RB Rheinhessen-Pfalz	4 484	4 826	267 484	2 640	1 825	110,81	440	634	36,54
Rheinland-Pfalz	10 438	11 470	492 578	6 233	4 645	76,25	1 170	1 838	27,96
Kreisfreie Städte	1 214	1 703	133 474	763	494	195,58	82	137	65,37
Landkreise	9 224	9 767	359 104	5 470	4 151	62,05	1 088	1 701	24,95

kehrszwecke. 6,4% der Veräußerungen waren Industrieland und 2,4% entfielen auf Freiflächen. In erster Linie wegen der ab Januar 1985 geltenden neuen Abgrenzung von 100 m² ging die Zahl der Kauffälle gegenüber 1984 um rund ein Drittel zurück, da nunmehr viele kleinere Flächen, die etwa bei Straßenbaumaßnahmen innerhalb von Ortschaften von den Körperschaften gekauft wurden, oder kleinere Flächenkäufe zwecks Grundstücksabrundung nicht mehr erfaßt werden. Die Anzahl der Kauffälle beim Land für Verkehrszwecke nahm von 4 639 Fällen im Jahre 1984 um 55 % auf 2 110 Fälle für 1985 ab. Trotz dieses starken Rückgangs der Verkäufe für diese Grundstücksart stieg die veräußerte Fläche für diesen Bereich um 8,3% an und erhöhte damit ihren Anteil an der insgesamt umgesetzten Fläche um 2 Prozentpunkte auf über 18%. Der Anteil an baureifem Land verminderte sich dagegen um ein Zehntel auf jetzt 41 %. Flächenmäßig an zweiter Stelle lag Industrieland (21 %). 16% der umgesetzten Flächen betrafen Rohbauland und 4,4% Freiflächen.

Vom wertmäßigen Gesamtumsatz entfielen allerdings mehr als sieben Zehntel auf baureifes Land. Die restlichen Erlöse stammten zu einem Achtel aus Industrieland, einem Zehntel aus Rohbauland, 3,7 % aus Land für Verkehrszwecke und zu 1,6% aus Freiflächen.

Noch nie wechselte so wenig baureifes Land den Eigentümer

Zum baureifen Land gehören unbebaute Grundstücke und Grundstücksteile, die in einem Bebauungsplan als Bauland ausgewiesen sind und deren Erschließungsgrad eine sofortige Bebauung zuläßt. Die Grundstücke müssen also durch Verkehrsanlagen und Versorgungseinrichtungen in ortsüblicher Weise ausreichend erschlossen sein. Die Kaufpreise verstehen sich ohne Grunderwerbsnebenkosten jedoch einschließlich besonders vereinbarter Beträge für Aufwuchs und dergleichen sowie einschließlich der Erschließungskosten, soweit diese aus den Vertragsunterlagen hervorgehen.

Im Jahre 1985 wechselten 6233 sofort bebaubare Grundstücke mit einer Fläche von 4,6 Mill. m² den Eigentümer. Die Kaufsumme belief sich auf 354 Mill. DM. Pro Quadratmeter errechnet sich ein Preis von 76,25 DM. Nachdem im Jahre 1984, erstmals seit 1974, der Quadratmeterpreis gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war (- 1,7%), sank er nun nochmals um 6,4% unter die 80-DM-Schwelle. Auch die Zahl der Kauffälle und die veräußerte Fläche verringerten sich weiter.

Seit Einführung dieser Statistik im Jahre 1962 wurde noch nie eine so geringe Fläche wie 1985 als baureifes Land veräußert. Zwar mag ein geringer Teil dieses Rückgangs auf die neue Abgrenzung zurückzuführen sein, doch der Hauptgrund ist wohl in der abwartenden Haltung der Bauherren zu suchen, die 1985 ein weiteres Sinken der Baupreise und der Zinsen erhofften, und andererseits in einer teilweisen Sättigung des Wohnungsmarktes.

Preise steigen mit der Gemeindegröße

Die Quadratmeterpreise von baureifem Land steigen kontinuierlich mit der Gemeindegrößenklasse. Während in den kleineren Ortschaften für einen Quadratmeter

bebaubares Land rund 37 DM bezahlt wurden, waren es in den Orten mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern schon 72 DM, in den Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern 87 DM und in der nächsten Größenkategorie 115 DM. Für Städte mit einer Bevölkerung von 20 000 bis 50 000 bzw. mit 50 000 bis 100 000 errechnen sich durchschnittliche Quadratmeterpreise von 132 bzw. 156 DM. An der Spitze liegen die Großstädte mit 301 DM.

85 % der Veräußerungen baureifen Landes betrafen Wohngebiete mit offener Bauweise

85 % der Kaufverträge für baureifes Land entfielen auf Wohngebiete in offener Bauweise, ein Neuntel auf Dorfgebiete und knapp 4 % auf Wohngebiete in geschlossener Bauweise. Mit 0,5 % Anteil an den gesamten Veräußerungen von baureifem Land fanden in Gebieten mit Wohnungen und Geschäften im Jahre 1985 sehr wenig Verkäufe statt. Bezahlt wurden hier für einen Quadratmeter rund 400 DM, in Wohngebieten in geschlossener Bauweise 220 DM. Beträchtlich darunter lagen die Preise in den Wohngebieten mit offener Bauweise (80 DM) und in Dorfgebieten (13 DM).

Bauplätze in Mainz am teuersten

Der höchste Preis für einen Quadratmeter baureifes Land errechnet sich mit im Mittel 402 DM für die Stadt Mainz. Es folgen Ludwigshafen (278 DM), Speyer (266 DM) und Ingelheim (230 DM). Vergleichsweise hohe Preise wurden auch im Landkreis Ludwigshafen (206 DM) und in den Städten Koblenz (198 DM), Neustadt (191 DM), Worms (186 DM), Landau (176 DM), Frankenthal (161 DM) und Lahnstein (160 DM) bezahlt. Über 100 DM je Quadratmeter kostete baureifes Land auch im Landkreis Mainz-Bingen, in den Städten Kaiserslautern, Bad Kreuznach, Bingen, Trier, Neuwied, Mayen, Andernach und den Landkreisen Bad Dürkheim, und Germersheim. Die niedrigsten Durchschnittswerte errechnen sich für die Landkreise Kusel (11 DM), Daun (26 DM), Birkenfeld und Cochem-Zell (je 32 DM).

Im Bundesgebiet lag nach vorläufigen Ergebnissen für 1985 der Kaufwert für einen Quadratmeter baureifes Land bei 114 DM. Während sich dort für 1984 gegenüber dem Vorjahr noch eine Steigerung von 1,7% errechnet, ergibt sich für 1985 eine Minderung zum Vorjahr von 6,4 %. Auch die veräußerte Fläche ging um 11 % auf 37 Mill. m² zurück, die Kaufsumme verminderte sich um 16 % auf 4,2 Mrd. DM.

Mehr Rohbauland veräußert

Rohbauland betrifft unbebaute Grundstücke, die noch nicht in ortsüblicher Weise erschlossen sind, aber in absehbarer Zeit zur Erschließung und Bebauung anstehen. Es ist im allgemeinen eine Vorstufe der übrigen Grundstücksarten. Auch wenn Grundstücke noch land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, jedoch die Eigenschaft als land- und forstwirtschaftliches Vermögen verloren haben und in absehbarer Zeit anderen Zwecken dienen, handelt es sich um Rohbauland.

Verkäufe von Rohbauland wurden 1985 rund 300 mal weniger getätigt als im Vorjahr. Dabei stieg jedoch die veräußerte Fläche um 16 % auf 1,8 Mill. m² an, wobei die Erlöse geringfügig nach oben gingen. Folglich ergibt sich ein niedrigerer Durchschnittspreis. So sank der

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland nach Grundstücksarten 1984 und 1985

Grundstücksart	Kauffälle		Fläche		Kaufsumme		Kaufwert je m ²	
	1984	1985	1984	1985	1984	1985	1984	1985
	Anzahl		1 000 m ²		1 000 DM		DM	
Baureifes Land	8 125	6 233	5 395	4 645	439 666	354 182	81,50	76,25
Rohbauland	1 497	1 170	1 579	1 838	50 721	51 386	32,13	27,96
Industrieland	841	672	2 586	2 374	60 825	60 824	23,52	25,62
Land für Verkehrszwecke	4 639	2 110	1 945	2 107	18 068	18 151	9,29	8,62
Freiflächen	238	253	415	506	5 749	8 035	13,84	15,87
Insgesamt	15 340	10 438	11 920	11 470	575 029	492 578	48,24	42,94

Preis pro Quadratmeter gegenüber 1984 um 13% auf rund 28 DM für 1985. Billiger war Rohbauland nur vor 1976.

Im langfristigen Vergleich lag die veräußerte Fläche an Rohbauland in den letzten drei Jahren am niedrigsten. Unter 2 Mill. m² wurden vor 1983 nie verkauft. Für die Jahre 1962 bis 1982 errechnet sich eine durchschnittlich jährlich umgesetzte Fläche von 4 Mill. m², die zwischen 2,3 und 6,5 Mill. m² variierte. Die Grundstücksgröße pro Kauffall war 1985 die achthöchste seit 1962.

Auch Rohbauland war mit 210 DM je Quadratmeter in Mainz am teuersten. In der Stadt Ludwigshafen kostete es 106 DM, im Landkreis Ludwigshafen 100 DM. Mit 87 DM in Neustadt, 86 DM in Koblenz und 85 DM in Lahnstein wurden für Rohbauland auch dort noch hohe Preise erzielt. Am wenigsten bezahlt wurde in den Landkreisen Bitburg-Prüm (8 DM), Birkenfeld (9 DM), Pirmasens und im Rhein-Hunsrück-Kreis (je 10 DM). Nicht viel teurer war es in Kusel (11 DM), Kaiserslautern (11 DM) und Daun (12 DM).

Nach den ersten Ergebnissen für das Bundesgebiet ging der Preis für einen Quadratmeter Rohbauland (40,19 DM) gegenüber 1984 nicht so stark zurück wie in Rheinland-Pfalz. Er liegt jedoch deutlich über dem hier erreichten Preis (+ 44%). Während die umgesetzte Fläche in Rheinland-Pfalz zum Vorjahr um 16% zunahm, ging sie bundesweit um 5% zurück.

Industrieland teurer

Für Industrieland, also Grundstücke, die im Bebauungsplan als reines Industrie- oder Gewerbege-

biet ausgewiesen sind oder, wenn noch kein Bebauungsplan vorliegt, eine dahingehende begründete Nutzungsabsicht gegeben ist, wurden 1985 in Rheinland-Pfalz im Mittel 26 DM für den Quadratmeter bezahlt. Das sind 8,9% mehr als im Vorjahr. Für 1983, als der Preis geringfügig höher lag, und 1985 errechnet sich der bisher höchste Preis für diese Baulandart. Die größten Grundstücke für Industriezwecke wurden mit im Mittel 7 000 m² je Kauffall und einem durchschnittlichen Preis von 31 DM je Quadratmeter in den Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern veräußert.

Zwar ging die als Industrieland veräußerte Fläche gegenüber 1984 um über 8% auf 2,4 Mill. m² zurück, doch wurde seit 1962 nur in vier Jahren (1969, 1972, 1983, 1984) eine größere Fläche als Industrieland verkauft als 1985.

Am teuersten war Industrieland in Mainz (96 DM je m²), Ludwigshafen (72 DM) und Frankenthal (63 DM). Es folgen Worms (58 DM), Neustadt (57 DM), Koblenz (55 DM) und Trier (49 DM). Sehr günstig konnte Industrieland in den Kreisen Daun (8 DM), Cochem-Zell (9 DM), Birkenfeld (10 DM), in der Stadt Idar-Oberstein (11 DM) und im Rhein-Hunsrück-Kreis (11 DM) erworben werden.

Der Bundesdurchschnittspreis für Industrieland stieg gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig auf etwas über 39 DM für einen Quadratmeter an und erreichte damit dort einen bisherigen Höchstpreis. Er lag um 53% höher als in Rheinland-Pfalz.

Diplom-Betriebswirt (FH) Ewald Braun

Wohnungsbestand Ende 1985

Grundlage der statistischen Angaben über Gebäude- und Wohnungen zum Jahresende sind die in größeren Zeitabständen stattfindenden totalen Gebäude- und Wohnungszählungen. Die letzte Totalerhebung wurde am 25. Oktober 1968 durchgeführt. Sie dient, da die für 1983 im Rahmen der Volkszählung geplante Totalerhebung der Wohngebäude und Wohnungen durch das Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt wurde, bis heute als Basis für die Fortschreibung der Bestandszahlen. Dabei wird der Saldo der im Kalenderjahr im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik erfaßten Zu- und Abgänge dem jeweiligen Vorjahresbestand

zugeschlagen. Eine solche Fortschreibung auf einer Basiserhebung, die fast 20 Jahre zurückliegt, ist zwangsweise mit einer hohen Fehlerquote behaftet.

Während die Zugänge an Wohnraum noch relativ vollständig erfaßt werden, bleiben die gemeldeten Abgänge erfahrungsgemäß erheblich hinter den tatsächlichen Wohnraumverlusten zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, daß nur solche Abgänge weitgehend lückenlos registriert werden, die an einen bauordnungsrechtlichen Verwaltungsakt, zum Beispiel eine Abbruchgenehmigung oder Genehmigung einer Nutzungsände-

Zu- und Abgänge von Wohngebäuden 1980 – 1985

Jahr	Bestand am 1. Januar	Nettozugang		Totalabgang	Nettozugang		Bestand am 31. Dezember
		Neubau	Baumaßnahmen		Neubau	Baumaßnahmen	
	Anzahl					%	
Insgesamt							
1980	826 520	15 421	125	316	99,2	0,8	841 750
1981	841 750	13 959	186	316	98,7	1,3	855 579
1982	855 579	11 920	209	367	98,3	1,7	867 341
1983	867 341	11 001	249	283	97,8	2,2	878 308
1984	878 308	11 501	303	283	97,4	2,6	889 829
1985	889 829	10 631	311	244	97,2	2,8	900 527
Kreisfreie Städte							
1980	154 300	2 347	8	109	99,7	0,3	156 546
1981	156 546	1 996	14	127	99,3	0,7	158 429
1982	158 429	1 560	15	142	99,0	1,0	159 862
1983	159 862	1 709	19	123	98,9	1,1	161 467
1984	161 467	1 774	31	86	98,3	1,7	163 186
1985	163 186	1 478	22	69	98,5	1,5	164 617
Landkreise							
1980	672 220	13 074	117	207	99,1	0,9	685 204
1981	685 204	11 963	172	189	98,6	1,4	697 150
1982	697 150	10 360	194	225	98,2	1,8	707 479
1983	707 479	9 292	230	160	97,6	2,4	716 841
1984	716 841	9 727	272	197	97,3	2,7	726 643
1985	726 643	9 153	289	175	96,9	3,1	735 910

rung, gebunden sind, während die Zusammenlegung mehrerer Wohnungen zu einer oder die Nutzung einer Wohnung zu gewerblichen Zwecken keinen Eingang in die Statistik finden.

Diese Untererfassung der Abgänge bewirkt, daß die jährlich im Rahmen der Fortschreibung ermittelten Bestandszahlen über den tatsächlichen Werten liegen, wobei sich solche Ungenauigkeiten mit zunehmender zeitlicher Entfernung zum Basisjahr vergrößern. Durch die für 1987 geplante Volkszählung, die auch eine Gebäude- und Wohnungszählung umfaßt, sollen die Bestandsdaten nach 20jähriger Fortschreibung aktualisiert und künftig mit neuem Basisjahr fortgeführt werden.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 1968 - 1985

Jahr	Wohn- gebäude	Veränderung zum Vorjahr in %	Wohnungen	Veränderung zum Vorjahr in %
	Anzahl		Anzahl	
1968	677 399	1,9	1 171 950	2,3
1969	689 987	1,9	1 198 054	2,2
1970	701 568	1,7	1 221 693	2,0
1971	714 361	1,8	1 247 241	2,1
1972	728 700	2,0	1 279 603	2,6
1973	744 551	2,2	1 317 025	2,9
1974	758 656	1,9	1 349 257	2,4
1975	770 887	1,6	1 375 103	1,9
1976	783 832	1,7	1 399 549	1,8
1977	797 951	1,8	1 424 926	1,8
1978	813 036	1,9	1 449 300	1,7
1979	826 520	1,7	1 470 941	1,5
1980	841 750	1,8	1 495 429	1,7
1981	855 579	1,6	1 518 392	1,5
1982	867 341	1,4	1 540 528	1,5
1983	878 308	1,3	1 562 186	1,4
1984	889 829	1,3	1 587 247	1,6
1985	900 527	1,2	1 608 294	1,3

Mehr als 900 000 Wohngebäude vorhanden

Am 31. Dezember 1985 gab es in Rheinland-Pfalz 900 527 Wohngebäude und 1 608 294 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr der Bestand an Wohngebäuden um 1,2 % und an Wohnungen um 1,3 % erhöht. Seit 1980 ging die jährliche Zuwachsrates der Wohngebäude kontinuierlich zurück; damals betrug sie noch + 1,8 %. Auch für die Wohnungen ergeben sich im gleichen Zeitraum rückläufige Steigerungsraten. Diese reduzierten sich von + 1,7 auf + 1,3 % im Berichtsjahr. Nur 1984 fiel der Wohnungszugang mit + 1,6 % relativ hoch aus.

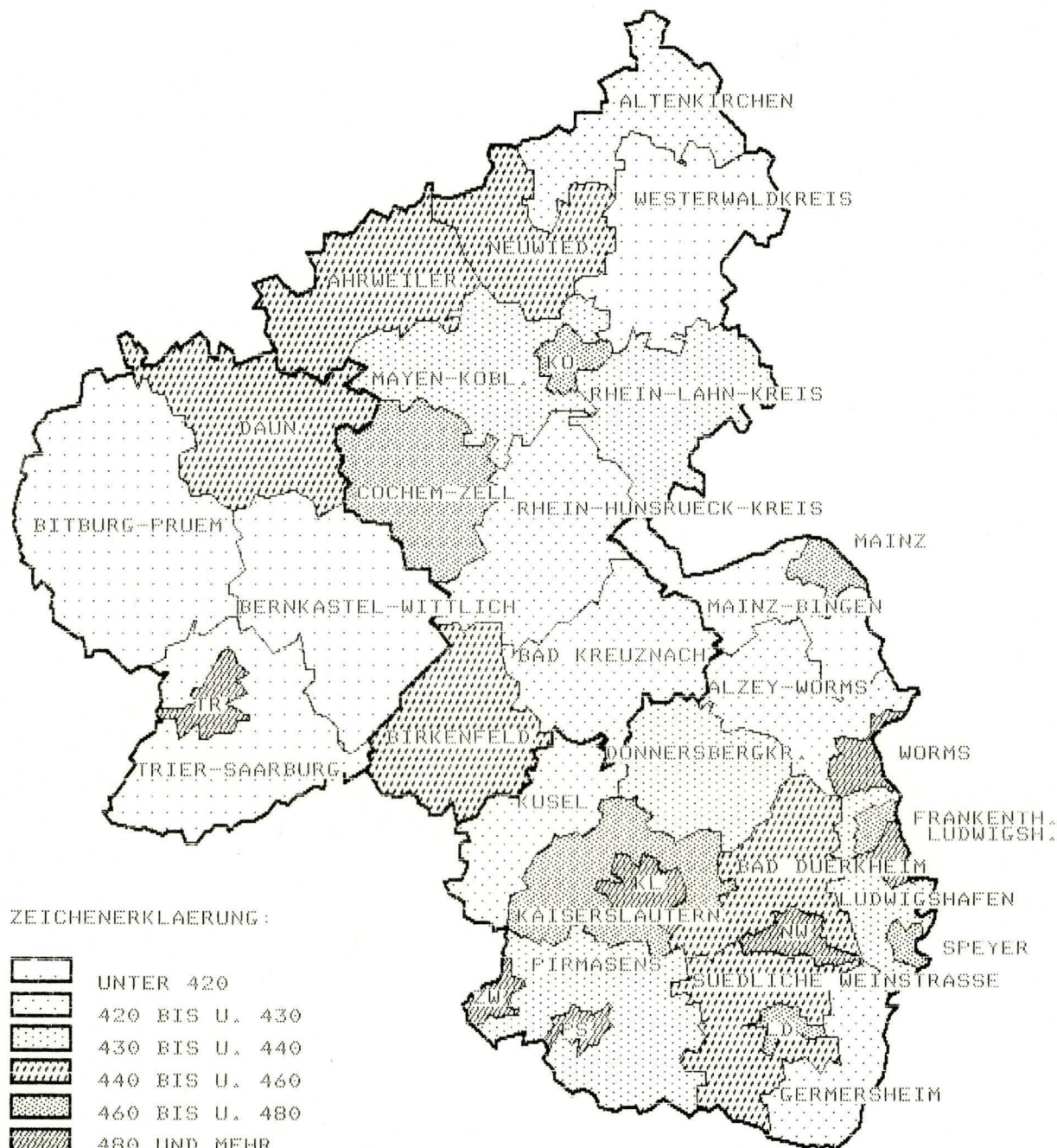
Die Zunahme bei den Wohngebäuden resultiert aus 10 631 Neubauten, 311 Nettozugängen durch Baumaßnahmen und 244 Totalabgängen. Bei den Wohnungen wurden 19 904 Neubauten, 1 679 Nettozugänge durch Bauarbeiten an vorhandenen Gebäuden und 536 Totalabgänge ermittelt. Die durchschnittliche Wohnungszahl je Gebäude lag im vergangenen Jahr bei 1,8 und blieb damit seit 1972 konstant. Im Durchschnitt hatte jede Wohnung 4,5 Räume. Auch dieser Wert ist seit 1972 unverändert.

Wohnungsversorgung weiter verbessert

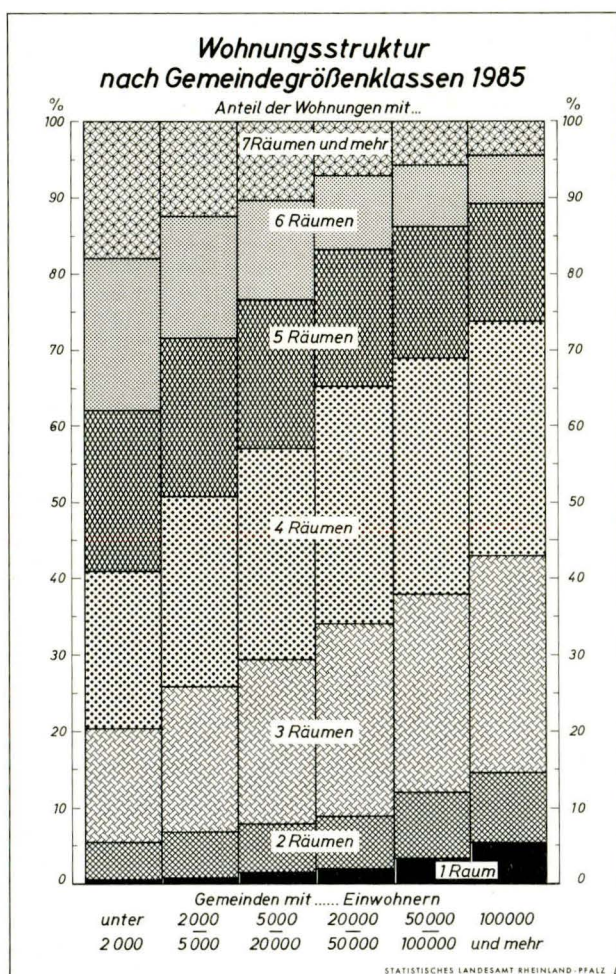
Im Landesdurchschnitt standen Ende 1985 für 1 000 Einwohner 445 Wohnungen zur Verfügung. Die Wohnungsversorgung der Bevölkerung hat sich in den letzten 25 Jahren ständig verbessert. Ursache ist die seit Kriegsende stetig wachsende Zahl an Wohnungen, verbunden mit einer seit 1975 im Trend rückläufigen Bevölkerungszahl. Im Durchschnitt teilten sich 2,2 Personen eine Wohnung. Vor zehn Jahren hatte dieser Wert noch bei 2,7 gelegen.

Wohnungsbestand nach Verwaltungsbezirken am 31.12.1985

je 1000 Einwohner



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ ADV



Die Versorgung mit Wohnungen ist in den einzelnen Verwaltungsbezirken unterschiedlich. Die relativ geringste Wohnungszahl errechnet sich für den Landkreis Trier-Saarburg mit 348 Wohnungen je 1 000 Einwohner, gefolgt von den Kreisen Mainz-Bingen (409), Westerwaldkreis (412) und Bernkastel-Wittlich (416). Den mit Abstand höchsten Wohnungsbestand je 1 000 Einwohner hat die Stadt Pirmasens mit 562. Mehr als 500 Wohnungen gab es außerdem in den Städten Kaiserslautern (517), Lahnstein (508) und Zweibrücken (504). Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Angehörigen der Stationierungstreitkräfte wohl bei der Wohnraumnachfrage, nicht aber bei der Bevölkerungszahl Berücksichtigung finden, was sich in den Räumen Pirmasens, Kaiserslautern und Zweibrücken auswirkt.

Unterschiedliche Wohnungsstruktur

Die Zu- und Abgänge während eines Berichtsjahres haben auf die Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes nur einen geringen Einfluß. Dennoch lassen sich längerfristig Veränderungen bezüglich der Raumzahl feststellen. Wie bereits in den Vorjahren ist die Vierraumwohnung die häufigste Wohnungsgröße. Ihr Anteil am gesamten Wohnungsbestand, der 1985 bei 26,6% lag, hat sich seit 1968 (28,3%) von Jahr zu Jahr geringfügig verringert. Zweithäufigste Wohnungsgröße ist die Dreiraumwohnung, deren Anteil in den vergangenen Jahren ebenfalls leicht rückläufig war und im vergangenen Jahr 21% erreichte.

Während sich die Zahl der Zweiraumwohnungen gemessen am gesamten Wohnungsbestand seit 1968 kaum veränderte und seit 1978 konstant 6,6% betrug, konnten die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen ihren Anteil steigern. Im Berichtsjahr entfielen auf Fünfraumwohnungen 19,2%, solche mit sechs Räumen machten 13,6% aus und Wohnungen mit sieben und mehr Räumen 11,2%. Starke Steigerungen waren bei den Einraumwohnungen zu verzeichnen, deren Quote von 0,7% im Jahre 1968 auf 1,8% im vergangenen Jahr anstieg. Ursache hierfür dürfte in erster Linie die in den vergangenen Jahren spürbar gestiegene Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte sein. So war 1982 jeder vierte Haushalt ein Einpersonenhaushalt, der Anteil der Zweipersonenhaushalte lag bei 29%. Hinzu kommen die von Studenten gemieteten Kleinstwohnungen in den Universitäten. Der Anteil der Einraumwohnungen liegt in den kreisfreien Städten mit 3,9% deutlich höher als in den Landkreisen, wo diese Quote nur 0,9% betrug.

Der Anteil der Wohnungen mit ein, zwei, drei und vier Räumen ist um so höher, je mehr Einwohner in der Gemeinde leben, während Wohnungen mit fünf und mehr Räumen verstärkt in kleineren Gemeinden anzutreffen sind.

Besonders deutlich zeigt sich diese Struktur bei den Kleinst- und Appartementwohnungen mit nur einem Wohnraum sowie den großen Wohnungen mit sieben und mehr Räumen. Während Einraumwohnungen in Gemeinden bis 2 000 Einwohnern nur mit 0,4% vertreten sind, entfällt auf sie in Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern ein Anteil von 5,4%. Umgekehrt verhält es sich bei den Wohnungen mit sieben oder mehr Räumen. Hier stehen 18,1% in den kleinen Gemeinden 4,6% in den Großstädten gegenüber.

Ausbaumaßnahmen gewinnen an Bedeutung

Die Schaffung von Wohnraum erfolgt durch Neubau oder durch Ausbau des vorhandenen Gebäudebestandes. Bei den Wohngebäuden zeichnet sich in den zurückliegenden Jahren ein steigender Trend zu den Ausbaumaßnahmen ab. Während in den kreisfreien Städten des Landes 1980 nur 0,3% aller zugegangener Wohngebäude durch Ausbaumaßnahmen entstanden, waren es fünf Jahre später bereits 1,5%. In den Landkreisen war im gleichen Zeitraum eine kontinuierliche Steigerung von 0,9 auf 3,1% zu verzeichnen.

Die steigende Zahl der Ausbaumaßnahmen im Wohnungsbau dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß man so mit deutlich geringeren Kosten als beim Neubau zusätzliche Wohnfläche schaffen kann.

Dabei wird vor allem auf vorhandene Bausubstanz zurückgegriffen, so daß nur Kosten für den Um- und Ausbau des Gebäudes anfallen, zum Beispiel beim Umbau von bisher landwirtschaftlich genutzten Gebäuden zu Wohnbauten. Eine andere Möglichkeit, kostengünstig neuen Wohnraum zu erstellen, ist der Anbau von Gebäudeteilen an bereits bestehenden Wohnhäuser, da auch hier keine Grundstücks- und Erschließungskosten anfallen.

Joachim Günther

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 627	3 619	3 619	3 619	3 619
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 918	1 914	1 494	3 439	2 524	1 258 ^P	1 537 ^P	3 363 ^P	2 537 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	5,0	11,2	8,5	4,1 ^P	5,2 ^P	11,0 ^P	8,5 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 959	2 908	2 908	3 004	2 839	2 693 ^P	3 259 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,8	9,6	9,8	9,8	9,5	8,8 ^P	11,0 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 574	3 549	3 497	3 538	3 295	4 305 ^P	3 889 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	11,8	11,8	11,5	11,1	14,0 ^P	13,1 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	31	29	32	28	25	17 ^P	41 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	10,3	9,9	11,3	9,4	8,8	6,0 ^P	13,7 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	— 616	— 641	— 589	— 534	— 456	— 1 612 ^P	— 630 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 2,0	— 2,1	— 2,0	— 1,7	— 1,5	— 5,3 ^P	— 2,1 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 424	6 317	5 529	5 162	6 111
* Fortgezogene	Anzahl	6 601	6 421	5 746	5 078	5 300
* Wanderungssaldo	Anzahl	— 176	— 104	— 217	84	881
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 192	10 457	10 210	9 424	9 801
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	120 162	124 496	123 390	115 045	112 425	131 943	118 076	111 377	112 971
* Männer	Anzahl	67 230	69 679	70 328	63 882	60 964	75 579	62 929	57 543	56 604
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 121	10 771	.	.	9 261	13 864	.	.	7 191
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	43 300	42 937	.	.	39 621	46 501	.	.	38 506
Arbeitslosenquote	%	8,3	8,6	8,6	8,0	7,8	9,2	8,2	7,7	7,8
Offene Stellen	Anzahl	4 172	4 919	5 052	5 117	5 380	7 927	7 489	8 039	8 114
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	301	724	.	.	566
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	1 949	2 400	.	.	2 702
Kurzarbeiter	Anzahl	17 571	13 751	19 292	13 522	8 440	20 038	15 408	11 214	6 473
Männer	Anzahl	13 717	11 179	15 780	10 935	6 892	16 234	11 791	8 028	4 566
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 366	14 279	14 454	14 756	12 882	14 118	16 020	14 681	13 805
* Rinder	t	4 999	4 753	4 683	4 979	3 918	4 663	5 162	4 756	4 063
* Kälber	t	33	31	39	37	25	40	31	31	26
* Schweine	t	9 210	9 384	9 609	9 629	8 849	9 287	10 718	9 785	9 624
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	79	82	90	84	80	84	91	88
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,2	94,6	95,3	95,2	94,0	94,9	95,5	95,7
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 684	2 655	2 659	2 654	2 645	2 615	2 614	2 612	2 610
* Beschäftigte	1 000	361	364	361	361	362	364	364	365	367
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	250	252	249	249	250	251	251	252	253
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 470	35 338	36 001	35 794	33 367	33 937	38 112	34 654	34 196
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 182	1 243	1 170	1 173	1 269	1 165	1 211	1 278	1 327
* Löhne	Mill. DM	693	727	676	700	727	673	700	755	768
* Gehälter	Mill. DM	489	516	494	473	542	492	511	523	559
* Stromverbrauch	Mill. kWh	991	1 018	1 017	1 013	1 024	1 023	1 016	1 021	1 010
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 658	6 876	7 153	6 936	6 807	6 599	7 288	6 571	6 948
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 366	2 519	2 691	2 566	2 574	2 433	2 716	2 371	2 455

1) Nach dem Ereignisort. — 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. — 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. — 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. — 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	98	99	103	102	107	101	101	107 ^p	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	99	101	105	102	108	105	103	107 ^p	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	98	100	104	102	108	104	102	107	106 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	101	103	111	107	110	105	110	111	111 ^p
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	84	82	87	94	105	68	90	105	99 ^p
Chemische Industrie	1980 = 100	111	112	122	115	116	116	119	118	120 ^p
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	96	100	100	100	112	106	97	101	107 ^p
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	94	97	97	95	108	113	98	95	112 ^p
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	95	99	101	105	106	102	95	108	104 ^p
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	93	97	95	100	102	98	104	96 ^p
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	95	90	90	91	89	99	79	81	68 ^p
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	99	103	104	104	109	99	94	112	104 ^p
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	91	82	91	99	105	68	89	101	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	239	229	218	205	172	297	275	443	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 366	2 017	2 356	2 130	2 691	2 485	2 044	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	758	776	630	821	758	996	867	867	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 763	1 819	1 606	1 740	1 544	1 992	1 893	1 619	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	338	358	325	269	259	348	281	222	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	100	.	.	.	95	91
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	139	.	.	.	137	117
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	67 995	63 358	62 896	64 538	64 766	58 005 ^p	59 937 ^p	60 477 ^p	61 729 ^p
Facharbeiter	Anzahl	34 902	32 545	32 043	33 357	35 210	29 901 ^p	30 862 ^p	30 763 ^p	34 679 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 815	14 627	14 275	14 866	14 104	12 681 ^p	13 782 ^p	14 889 ^p	12 615 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 980	6 897	7 482	8 067	7 637	5 178 ^p	7 783 ^p	7 199 ^p	7 886 ^p
Privater Bau	1 000	5 184	4 252	4 665	4 944	4 733	3 314 ^p	4 694 ^p	4 383 ^p	4 796 ^p
* Wohnungsbau	1 000	3 295	2 613	2 954	3 186	2 978	1 935 ^p	2 892 ^p	2 749 ^p	3 011 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	59	47	73	53	55	24 ^p	45 ^p	45 ^p	73 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 830	1 593	1 638	1 705	1 700	1 355 ^p	1 757 ^p	1 589 ^p	1 712 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 796	1 182	2 817	3 123	2 904	1 864 ^p	3 089 ^p	2 816 ^p	3 090 ^p
Hochbau	1 000	636	410	684	757	666	532 ^p	682 ^p	605 ^p	617 ^p
Tiefbau	1 000	2 160	2 645	2 133	2 366	2 238	1 332 ^p	2 407 ^p	2 211 ^p	2 473 ^p
Straßenbau	1 000	1 172	645	1 141	1 289	1 224	743 ^p	1 310 ^p	1 224 ^p	1 352 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	166	165	183	175	132 ^p	171 ^p	178 ^p	180 ^p
* Löhne	Mill. DM	156	137	138	155	146	105 ^p	143 ^p	149 ^p	150 ^p
* Gehälter	Mill. DM	29	29	27	28	29	27 ^p	28 ^p	29 ^p	30 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	547	500	413	496	549	301 ^p	426 ^p	442 ^p	539 ^p

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	819	710	797	901	811	813	966	841	981
* mit 1 Wohnung	Anzahl	530	483	560	594	535	611	692	564	731
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	211	171	188	217	217	168	228	231	216
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	78	56	49	90	59	34	46	46	34
* Umbauter Raum	1 000 m ³	885	751	834	977	821	751	905	800	907
* Wohnfläche	1 000 m ²	148	124	134	160	134	122	149	132	146
Wohnräume	Anzahl	7 017	5 878	6 431	7 562	6 274	5 756	6 812	6 187	6 804
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	278	239	257	312	258	239	293	254	292
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	1	3	3	2	2	3	1
Unternehmen	Anzahl	122	107	83	134	129	113	68	107	155
Private Haushalte	Anzahl	695	601	713	764	679	698	896	731	825
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	152	135	177	129	139	157	174	183
* Umbauter Raum	1 000 m ³	568	662	667	2 059	326	723	658	483	764
* Nutzfläche	1 000 m ²	97	102	104	224	62	107	119	91	145
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	110	112	105	195	76	180	164	101	199
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	26	25	23	24	31	28	22	35
Unternehmen	Anzahl	131	123	107	151	105	103	123	148	142
Private Haushalte	Anzahl	3	3	3	3	–	5	6	4	6
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 740	1 419	1 519	1 817	1 505	1 301	1 577	1 426	1 495
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 338	2 558	2 668	2 774	2 540	2 423	2 780	2 300	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 144	1 269	1 343	1 368	1 253	1 313	1 484	1 281	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	194	200	230	214	207	201	229	196	...
Dänemark	Mill. DM	40	48	50	54	52	55	62	52	...
Frankreich	Mill. DM	297	314	317	321	310	318	361	310	...
Griechenland	Mill. DM	23	21	22	24	21	18	25	24	...
Großbritannien	Mill. DM	195	226	220	241	203	236	238	226	...
Irland	Mill. DM	7	9	15	11	7	11	11	7	...
Italien	Mill. DM	179	215	237	242	215	220	269	211	...
Niederlande	Mill. DM	159	178	191	197	176	175	196	181	...
Spanien	Mill. DM	40	47	48	50	53	66	77	64	...
Portugal	Mill. DM	10	12	13	14	10	13	17	11	...
USA und Kanada	Mill. DM	172	193	220	210	183	193	192	159	...
Japan	Mill. DM	48	53	52	55	47	50	52	41	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	435	417	404	475	436	303	382	284	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	108	134	131	143	151	120	126	98	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 607	1 673	1 873	1 725	1 635	1 516	1 652	1 462	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	854	900	882	955	904	900	1 074	872	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	203	174	176	174	188	155	209	194	...
Dänemark	Mill. DM	18	19	17	19	22	16	17	45	...
Frankreich	Mill. DM	191	198	216	202	186	215	259	195	...
Griechenland	Mill. DM	10	8	7	16	6	4	8	10	...
Großbritannien	Mill. DM	59	66	69	70	70	91	82	63	...
Irland	Mill. DM	3	6	8	7	6	2	6	6	...
Italien	Mill. DM	140	150	160	146	124	145	171	123	...
Niederlande	Mill. DM	193	239	191	281	265	224	270	197	...
Spanien	Mill. DM	32	34	31	34	29	40	44	34	...
Portugal	Mill. DM	5	6	7	5	7	7	8	6	...
USA und Kanada	Mill. DM	114	106	140	112	73	96	92	70	...
Japan	Mill. DM	57	59	65	61	72	71	52	86	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	324	345	357	357	358	194	174	189	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	52	56	100	59	45	57	53	44	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	95	95	95	93	93	93	93
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	106	109	103	110	102	109	114	112	107
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	97	96	96	96	96	96	96	95
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113	121	120	122	118	117	129	115	117
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	101	98	102	103	99	105	110	107
Teilbeschäftigte	1980 = 100	106	109	104	109	114	107	113	123	115
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	104	109	104	119	120	95	108	125	122
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	115	125	114	145	143	100	123	148	143
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	98	98	103	105	92	98	110	108
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	438	441	376	575	570	288	367	576	538 ^P
* Ausländer	1 000	105	113	89	142	161	55	78	128	140 ^P
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 532	1 558	1 333	1 894	2 022	1 031	1 220	1 897	1 944 ^P
* Ausländer	1 000	316	349	263	396	474	147	221	367	435 ^P
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 495	1 429	1 590	1 556	1 513	1 501	1 800	1 593	1 626
* Güterversand	1 000 t	1 139	955	1 199	1 181	1 118	802	1 115	1 033	1 013
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 281	13 015	17 894	14 863	13 902	18 278	20 436	16 849	16 671
Krafträder	Anzahl	1 026	685	1 849	1 062	955	1 170	1 260	1 019	801
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 441	11 526	15 001	12 772	12 023	16 113	18 022	14 926	14 922
* Lastkraftwagen	Anzahl	506	477	570	567	517	541	699	564	556
Zugmaschinen	Anzahl	230	237	332	317	308	274	334	226	258
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		9 808	10 048	9 019	10 115	9 994	9 369	9 685	11 188	10 136
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 813	1 630	1 531	2 053	1 967	1 393	1 474	2 116	1 937
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 995	8 418	7 488	8 062	8 027	7 976	8 211	9 072	8 199
Verunglückte Personen	Anzahl	2 456	2 193	2 048	2 735	2 641	1 912	1 948	2 813	2 578
* Getötete	Anzahl	53	44	35	59	50	41	50	51	50
Pkw-Insassen	Anzahl	24	25	20	28	13	32	33	28	31
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	11	8	4	14	27	3	7	14	7
Radfahrer	Anzahl	4	2	2	1	3	1	2	5	2
Fußgänger	Anzahl	12	8	8	13	7	5	7	3	9
Schwerverletzte	Anzahl	738	659	667	886	782	569	573	892	775
Pkw-Insassen	Anzahl	362	324	307	362	350	357	277	406	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	201	173	204	310	258	90	166	277	...
Radfahrer	Anzahl	60	57	67	97	81	25	37	106	...
Fußgänger	Anzahl	93	85	74	96	79	78	77	83	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	76	74	58	84	62	72	82	91
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	143 676	47 284	25 847	16 298	32 434	34 128	43 344	37 522	44 503
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	2	-	2	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	906	929	1 461	958	866	796	737	805	778
* Wechselsumme	1 000 DM	8 401	8 009	10 507	7 784	7 250	6 602	7 840	6 672	5 074

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	76 876	81 737	77 442	77 729	78 576	81 922	80 843	81 039	81 805
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	75 111	79 858	75 563	75 859	76 707	80 032	78 974	79 157	79 973
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 246	15 996	15 977	15 880	16 478	15 864	15 285	15 187	15 737
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 357	15 448	15 198	15 162	15 713	15 282	14 837	14 776	15 170
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	889	548	779	718	765	582	448	411	567
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 309	9 174	9 085	8 997	9 006	8 759	8 194	8 128	8 045
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 591	7 666	7 430	7 339	7 382	7 311	6 844	6 820	6 782
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 718	1 508	1 654	1 658	1 624	1 447	1 340	1 308	1 263
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 556	54 688	50 502	50 982	51 224	55 410	55 495	55 843	56 190
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	40 005	44 088	40 778	41 078	41 261	44 782	44 771	45 025	45 471
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 551	10 599	9 724	9 904	9 962	10 627	10 724	10 818	10 719
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	63 350	70 018	62 766	63 751	63 659	69 956	70 295	70 819	70 760
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 110	9 611	8 218	8 400	8 502	8 874	9 234	9 469	9 517
Termingelder	Mill. DM	22 330	24 610	22 507	23 342	23 147	25 168	25 086	25 357	25 250
* Spareinlagen	Mill. DM	31 910	35 796	32 042	32 010	32 009	35 915	35 974	35 993	35 994
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 636	1 678	1 417	1 328	1 246	1 653	1 838	1 370	1 391
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 526	1 519	1 515	1 360	1 247	1 586	1 779	1 352	1 389
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 269 938	1 332 451	773 640	1 305 916	1 595 305	1 451 544	730 081	1 361 836	1 546 849
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	869 232	938 494	415 582	872 953	1 233 695	1 095 253	391 081	922 310	1 222 011
* Lohnsteuer	1 000 DM	614 530	660 620	442 167	799 340	486 752	419 332	461 481	813 140	529 983
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	114 308	122 623	—	340 313	—	—	—	353 147	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	99 625	105 020	— 61 272	— 57 796	375 278	357 901	— 83 307	— 49 575	351 555
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 737	20 547	10 534	7 046	12 232	4 152	10 034	8 575	18 515
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	134 341	152 307	24 153	124 363	359 433	313 868	2 873	150 170	321 958
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	22 578	24 652	—	98 389	—	—	—	155 844	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	400 706	393 958	358 058	432 963	361 610	356 291	339 000	439 526	324 838
* Umsatzsteuer	1 000 DM	238 076	226 154	182 135	216 421	184 782	203 883	182 352	266 127	191 253
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	162 630	167 804	175 923	216 542	176 828	152 408	156 648	173 399	133 585
* Bundessteuern	1 000 DM	149 793	128 294	125 972	119 537	123 153	145 851	111 028	107 113	126 031
* Zölle	1 000 DM	11 822	11 328	11 161	14 593	12 019	9 121	9 340	10 049	9 238
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	134 430	113 075	111 293	102 127	108 388	133 933	98 905	93 970	113 924
* Landessteuern	1 000 DM	73 523	75 092	77 727	104 072	67 748	74 659	92 978	108 253	87 173
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 337	14 378	3 364	38 126	2 969	2 020	— 1 811	38 907	1 648
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 025	38 639	51 992	42 689	43 176	51 530	70 285	49 672	61 430
* Biersteuer	1 000 DM	6 043	6 037	4 942	6 173	7 021	4 721	4 928	6 133	7 063

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	515 557	549 219	.	.	536 705	477 172	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 212	8 133	.	.	11 021	6 318	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	85 346	88 740	.	.	91 609	76 346	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	376 176	403 353	.	.	380 452	346 245	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	33 871	36 382	.	.	34 339	37 158	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	802 134	807 774	565 974	784 046	912 209	866 803	524 128	810 543	868 336
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	381 054	411 824	179 224	380 862	552 196	489 334	167 178	417 622	531 155
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	262 471	258 048	234 535	283 596	236 860	231 594	220 357	285 698	211 150
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	649 308	681 810	450 530	687 369	803 533	729 247	443 425	726 654	785 149
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	378 715	408 979	176 427	378 645	550 069	486 886	165 497	414 441	532 124
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 254	188 132	170 133	204 601	185 716	167 678	159 385	203 850	165 852
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	780 404	832 834	.	.	777 242	767 960	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	319 713	342 503	.	.	323 368	294 887	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	321 309	344 465	.	.	297 621	342 146	.	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	118,4	121,0	121,1	121,2	121,3	121,0	120,9	120,9	121,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,0	116,9	118,0	118,1	117,8	117,7	118,2	118,5	118,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,0	114,5	.	114,2	.	.	.	116,1	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	15,49	16,07	16,00	.	.	.	16,49	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	16,32	16,95	16,86	.	.	.	17,33	.	.
* Facharbeiter	DM	17,18	17,80	17,72	.	.	.	18,24	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	15,49	16,21	16,13	.	.	.	16,59	.	.
Hilfsarbeiter	DM	13,60	14,35	14,34	.	.	.	14,66	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,52	11,99	11,95	.	.	.	12,32	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,06	11,72	11,72	.	.	.	12,05	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,0	40,7	40,9	.	.	.	41,0	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,4	41,1	41,2	.	.	.	41,4	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,3	39,3	.	.	.	39,3	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 881	4 040	4 009	.	.	.	4 158	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 504	3 620	3 599	.	.	.	3 726	.	.
* männlich	DM	4 176	4 309	4 280	.	.	.	4 434	.	.
* weiblich	DM	2 710	2 822	2 800	.	.	.	2 900	.	.
Technische Angestellte	DM	4 232	4 419	4 379	.	.	.	4 536	.	.
* männlich	DM	4 319	4 516	4 475	.	.	.	4 637	.	.
* weiblich	DM	3 018	3 127	3 094	.	.	.	3 212	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 642	2 739	2 744	.	.	.	2 875	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 626	2 727	2 730	.	.	.	2 867	.	.
* männlich	DM	3 208	3 301	3 301	.	.	.	3 462	.	.
* weiblich	DM	2 172	2 270	2 273	.	.	.	2 382	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 175	61 024	61 010	61 010	61 011
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 345	30 390 ^p	25 169 ^p	23 664 ^p	53 299 ^p	15 846 ^p	21 388 ^p	25 194 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 680	48 846 ^p	47 794 ^p	49 189 ^p	50 655 ^p	46 909 ^p	48 244 ^p	54 969 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 010	58 691 ^p	63 016 ^p	58 311 ^p	58 973 ^p	61 382 ^p	70 639 ^p	61 442 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	–9 330	–9 845 ^p	–15 222 ^p	–9 122	–8 318 ^p	–14 473 ^p	–22 395 ^p	–6 473 ^p	...
Arbeitslose	1 000	2 266	2 304	2 474	2 305	2 193	2 593	2 448	2 230	2 122
Männer	1 000	1 277	1 289	1 470	1 312	1 222	1 520	1 405	1 204	1 121
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,3	10,0	9,3	8,8	10,4	9,8	9,0	8,5
Offene Stellen	1 000	88	110	114	111	115	137	158	157	169
Kurzarbeiter	1 000	384	235	397	375	228	294	295	216	153
Männer	1 000	325	197	347	328	183	258	257	176	119
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	103	105	105	103	104	103	113	104
ohne Baugewerbe	1980 = 100	100	105	108	106	104	111	107	114	105
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	105	107	106	104	109	106	115	105
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	98	99	103	103	102	101	98	105	100
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	102	113	114	112	111	120	116	128	116
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	94	95	101	98	94	101	98	103	94
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	101	104	101	103	100	105	95	106	99
Baugewerbe	1980 = 100	89	84	71	95	99	38	65	100	97
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 854	6 940 ^p	6 877	6 873	6 884	6 992	7 014	7 017	7 021
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	653	659 ^p	686	672	663	650	645	724	629
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	116 538	124 699 ^p	128 471	124 345	126 520	118 008	120 872	132 279	114 976
Auslandsumsatz	Mill. DM	33 544	37 006 ^p	39 158	37 381	37 042	35 846	36 751	40 278	33 706
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 599	28 873 ^p	31 896	28 028	26 340	32 401	31 771 ^p
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 922	2 843 ^p	3 080	2 772	2 585	3 074	3 080	2 677 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 106	1 026	981	1 024 ^r	1 037	906	923 ^p	984 ^p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	122	106	95	118 ^r	124	46	78 ^p	122 ^r	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 079	8 331	6 124	7 051 ^r	8 233	4 015	4 925 ^p	7 149 ^p	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 327	9 655	10 022	11 957	10 914	7 918	9 564	12 139	11 423
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 892	8 766	9 136	10 939	9 932	7 280	8 947	11 401	10 737
Wohnfläche	1 000 m ²	2 230	1 720	1 791	2 103	1 911	1 387	1 582	2 000	1 817
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 509	2 501	2 182	2 675	2 795	1 961	2 239	2 757	2 881
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	28 020	21 029	21 428	25 215	23 222	16 678	18 090	22 515	20 343
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	111,2	113,8	113,9	115,1	114,3	99,9 ^r	115,4 ^r	121,9 ^p	117,1 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	108,9	111,1	103,3	107,4	122,7	94,5 ^r	105,6 ^r	109,2 ^p	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	40 684	44 758	42 351	45 001	46 890	42 755	43 726	49 989	40 632
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	20 338	22 272	24 431	22 895	23 519	22 134	22 885	25 569	20 681
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 838	3 081	3 183	3 272	3 247	2 950	3 414	3 581	2 767
Frankreich	Mill. DM	5 112	5 333	5 338	5 480	5 663	5 238	5 278	6 367	4 890
Großbritannien	Mill. DM	3 382	3 831	3 405	3 924	3 981	3 767	3 870	4 019	3 535
Italien	Mill. DM	3 140	3 481	3 413	3 569	3 739	3 526	3 564	4 058	3 319
Niederlande	Mill. DM	3 510	3 855	3 697	3 974	4 031	3 887	3 969	4 231	3 400
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 185	38 651	37 816	39 504	39 425	35 920	35 285	39 940	32 571
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	18 121	19 637	22 183	19 583	19 697	19 192	18 879	21 175	17 258
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 403	2 424	2 845	2 426	2 444	2 498	2 475	2 933	2 321
Frankreich	Mill. DM	3 825	4 107	4 289	4 565	3 927	4 424	4 150	4 846	3 608
Großbritannien	Mill. DM	2 774	3 097	2 567	2 786	3 188	2 665	2 691	2 901	2 343
Italien	Mill. DM	2 843	3 096	3 242	3 077	3 033	3 150	3 154	3 391	2 929
Niederlande	Mill. DM	4 419	4 858	4 976	4 750	4 937	4 551	4 525	4 919	4 056
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 872	1 992	1 892	1 899	1 899	1 987	1 995	1 998	2 006 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 418	1 522	1 430	1 436	1 436	1 519	1 527	1 530	1 537 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	453	471	462	462	462	469	468	467	469 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 225	1 375	1 239	1 253	1 253	1 365	1 363	1 367	1 376 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	569	624	572	570	570	626	628	631	632 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	25 770	27 380	31 967	19 857	19 688	22 691	33 481	20 051	20 948
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	16 218	17 853	24 215	10 375	10 726	11 321	25 429	11 336	11 235
Lohnsteuer	Mill. DM	11 362	12 303	9 955	10 404	10 740	10 412	9 881	11 086	11 034
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 197	2 381	7 558	- 1 048	- 846	879	7 403	- 1 152	- 860
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 207	9 152	7 743	8 667	8 694	11 293	8 044	7 916	9 435
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 625	4 286	2 857	3 329	3 827	6 541	3 569	3 307	4 781
Bundessteuern	Mill. DM	4 505	4 586	4 613	4 198	4 339	4 692	4 377	4 558	4 455
Zölle	Mill. DM	444	451	456	506	474	457	406	450	430
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 778	3 813	3 831	3 418	3 579	3 383	3 617	3 785	3 661
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	116,1	115,2	116,9	116,7	116,3	112,5	111,5	110,8	109,8 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	106,9	103,1	104,3	103,5	103,5	101,4	100,4	98,4	97,3 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	119,2	121,8	121,8	122,0	122,1	120,6	120,1	119,4	118,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	114,3	115,1	.	.	114,8	115,8	.	.	116,7
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,0	114,5	.	.	114,2	115,2	.	.	116,1
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	100,8	102,6	.	.	102,4	104,2	.	.	104,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	118,4	121,0	120,9	121,1	121,2	121,3	121,0	120,9	120,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,0	116,9	117,4	118,0	118,1	117,7	117,7	118,2	118,5
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	115,7	118,4	117,8	118,0	118,1	120,1	120,2	120,3	120,5
Wohnungsmieten	1980 = 100	120,0	123,9	123,2	123,4	123,6	125,6	125,8	126,0	126,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	128,8	133,4	136,7	133,9	132,2	125,7	124,4	122,3	118,6
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	115,9	117,7	117,2	117,4	117,6	118,8	118,9	119,0	118,9
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	118,0	119,7	119,4	119,5	119,6	121,1	121,2	121,3	121,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	120,1	123,2	122,0	123,2	124,7	120,2	118,1	117,3	117,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	114,2	116,2	116,6	116,2	116,0	118,1	118,1	118,1	118,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	120,8	125,7	124,7	124,9	124,9	129,5	129,7	129,7	129,9

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen. 4) Nach dem Stand vom 1.1.1986.

37 Mill. DM Wohngeld im zweiten Quartal 1986

Zur Jahresmitte 1986 gab es in Rheinland-Pfalz 67 451 Bezieher von Wohngeld. Das sind 7 667 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Mietzuschußempfänger nahm um 11,5% auf 60 271 zu. Die Empfänger von Lastenzuschüssen erhöhten sich um ein Viertel auf 7 180 Personen.

Mit einer Wohngeldsumme von insgesamt 37,1 Mill. DM lagen die Leistungen im zweiten Quartal 1986 um 10,9 Mill. DM oder 41 % über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch stieg um 18 DM auf 129 DM. Die Wohngeldstellen bewilligten im zweiten Vierteljahr 1986 rund 12 600 Erstanträge, 21 900 Wiederholungsanträge und 1 570 Erhöhungen. Die Zunahmen sind Folge der zum 1. Januar 1986 in Kraft getretenen sechsten Wohngeldnovelle. ju

Jahresverdienste der Industriearbeiter sind um 3,3% gestiegen

Im Jahre 1985 waren in Rheinland-Pfalz die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste (einschließlich 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Urlaubsgeld u. ä.) der Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) mit 37 550 DM um 3,3% höher als ein Jahr zuvor. Die Jahresverdienste der männlichen Arbeiter stiegen um 3,2% auf 39 930 DM, die der weiblichen um 3,5% auf 26 440 DM. Die Bruttojahresverdienste der Angestellten betrugen 55 630 DM (+ 4,6%). Männliche Angestellte verdienten 61 100 DM (+ 4,8%), weibliche 39 140 DM (+ 3,8%).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Jahresverdienste der Angestellten im Schnitt um 3,8% auf 37 180 DM. Männliche Angestellte verdienten 2,6% mehr (44 670 DM), weibliche Angestellte 4,4% (30 590 DM). ze

Mehr Beschäftigte im Gastgewerbe

Von Januar bis Juni 1986 nahm die Zahl der im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe tätigen Personen gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 um 2,2% zu. Überdurchschnittliche Steigerungen verzeichneten Hotels (+ 5,7%), Speisewirtschaften (+ 3,5%) und Schankwirtschaften (+ 3,2%). Bei den Bars und Tanzlokalen blieb die Zahl der Beschäftigten unverändert.

Im ersten Halbjahr 1986 lagen die Umsätze des Gastgewerbes um 1,5% unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Das gleiche gilt für das Beherbergungs- und das Gaststättengewerbe. pe

Großhandelsumsätze gingen bei unterschiedlicher Branchenentwicklung insgesamt zurück.

In der Zeit von Januar bis Mai 1986 lagen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Großhandels um 3,1% unter dem Ergebnis der ersten fünf Monate 1985. Steigerungen verzeichneten der Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 7,4%), Erzen, Stahl und Ne-Metallen (+ 4,6%) sowie von Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 4,2%). Die Umsätze des Textilien- und Schuhhandels nahmen um 17% ab, die des Großhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln um 8%. pe

Tanta Emma-Läden erzielten fast zwei Mrd. DM Umsatz

Nach der Handelszählung hatten im Frühjahr 1985 rund 20 800 Einzelhandelsunternehmen ihren Sitz in Rheinland-Pfalz. Sie beschäftigten 117 200 Personen und erzielten im Geschäftsjahr 1984 einen Bruttoumsatz von 23,8 Mrd. DM. Die Hälfte aller Unternehmen waren Kleinstgeschäfte mit ein oder zwei tätigen Personen, bei denen es sich nahezu ausschließlich um den Inhaber oder mithelfende Familienangehörige handelt. Ihr Umsatz belief sich auf 1,9 Mrd. DM.

6 100 Einzelhändler beschäftigten drei bis fünf Personen und erzielten einen Umsatz von 3,4 Mrd. DM, 2 300 Betriebe hatten sechs bis neun tätige Personen und setzten 3 Mrd. DM um. In den 1 780 größeren Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten – in diesen Geschäften waren insgesamt 61 400 Personen tätig – bezifferte sich der Gesamtumsatz auf 15,5 Mrd. DM oder auf zwei Drittel des Umsatzes aller rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte. Einige rheinland-pfälzische Großunternehmen, insbesondere mit Nahrungsmittel- oder Warenhaussortiment im Angebot, unterhalten auch Filialen in anderen Bundesländern. sr

Niedrigere Umsätze im ersten Halbjahr vor allem durch die chemische Industrie

Die Umsätze von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen im ersten Halbjahr 1986 um 1,5% niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Während die Inlandsumsätze nahezu unverändert blieben (+ 0,2%), nahmen die Exporte um 4,3% ab. Maßgebend für die rückläufige Entwicklung des Gesamtumsatzes ist die Einbuße im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (– 6,8%) und hier insbesondere bei der chemischen Industrie (– 9,1%). Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe (+ 4,8%), die Investitionsgüterindustrien (+ 2,2%) sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 0,7%) konnten Umsatzzunahmen verbuchen. hel

Insgesamt unveränderte Auftragseingänge mit deutlichen Branchenunterschieden

Im ersten Halbjahr 1986 übertrafen die Aufträge in Rheinland-Pfalz nur geringfügig das Volumen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Einer nahezu konstanten Nachfrage des Auslandsmarktes standen um 0,6% höhere inländische Bestellungen gegenüber. Die höchste Zuwachsrate verzeichnete das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit + 6,4%. Besonderen Anteil an dieser Entwicklung hatte der Maschinenbau einschließlich ADV (+ 11,7%) sowie der Straßenfahrzeugbau (+ 2,7%). Während sich für den Verbrauchsgütersektor eine Steigerung von 4% errechnet, kam es im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich zu einem Rückgang der Ordertätigkeit um 5,8%, da die chemische Industrie 7,6% weniger Aufträge verbuchte. fu

Warenverkehr mit der DDR um 20% gestiegen

Im Jahre 1985 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 304 Mill. DM Waren in die DDR und nach Ost-Berlin. Das sind 20% mehr als im Jahre 1984. Der Anteil der chemischen Erzeugnisse dominierte mit 242 Mill. DM (+ 22%). Besonders stark erhöhten sich die Lieferungen von Maschinenbauerzeugnissen (+ 82%). Dagegen wurden weniger Wein (- 67%), Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien (- 10%) sowie Textilien und Bekleidung (- 8%) abgenommen. Die Bezüge aus der DDR erhöhten sich von 1984 auf 1985 um 8,7% auf 80 Mill. DM. Ein Drittel waren chemische Erzeugnisse (+ 33%). Größere Bedeutung hatten außerdem Textilien mit 15 Mill. DM (- 4,2%), Leder, Lederwaren und Schuhe mit 6 Mill. DM (+ 24%) sowie Glas und Glaswaren mit 4 Mill. DM (- 2,7%).

Trotz Verdoppelung von 1976 bis 1985 ist der Handel mit der DDR und Ost-Berlin, gemessen an den übrigen Wirtschaftsbeziehungen der rheinland-pfälzischen Unternehmen, relativ gering. Der gesamte rheinland-pfälzische Warenexport ist mit 30,7 Mrd. DM etwa 100 mal so hoch wie die Lieferung an die DDR und Ost-Berlin. sr

Mehr deutsche Gäste und weniger Amerikaner

In die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe kamen von Januar bis Mai dieses Jahres 1,6 Mill. Gäste. Das sind 1,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gäste blieben durchschnittlich 3,4 Tage. Ihre Übernachtungszahl stieg um 1,1% auf 5,6 Millionen.

Die günstige Entwicklung erklärt sich dadurch, daß wieder mehr Deutsche Rheinland-Pfalz als Reiseziel wählten, während die Zahl der ausländischen Besucher zurückging. An der Übernachtungszahl von 5,6 Mill.

waren deutsche mit 4,6 Mill. (+ 2,5%) und ausländische Gäste mit 955 000 (- 5,2%) beteiligt.

Nach wie vor nehmen die Gäste aus den USA hinter den Niederländern den zweiten Platz ein. Ihre Zahl ging allerdings um 26% auf 61 184 zurück und die Zahl der Übernachtungen um 28%. Die Gründe für diese Entwicklung sind insbesondere in den Ereignissen um Libyen sowie in der anhaltenden Abschwächung des Dollars zu sehen. sr

Weniger Vollzeitkräfte und mehr Teilzeitbeschäftigte im Einzelhandel

Im ersten Halbjahr 1986 verringerte sich die Zahl der im Einzelhandel tätigen Personen um 1,4%. Der Bestand an Vollzeitkräften nahm um 2,7% ab, der an Teilzeitbeschäftigten um 1% zu. Die stärksten Zugänge an Mitarbeitern im Teilzeitverhältnis verzeichneten der Vertrieb von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (+ 11%), der Papierwaren- und Buchhandel (+ 8,6%) sowie die Textilien- und Schuhgeschäfte (+ 4,3%).

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetriebe erhöhten sich im ersten Halbjahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,5%. Die höchste Steigerung erzielte der Fahrzeughandel (+ 10%), gefolgt von Elektrogeschäften (+ 5,5%) sowie Apotheken und Drogerien (+ 4,8%). Die Umsätze der selbständigen Tankstellen gingen um fast 15% zurück. pe

Über 57 000 Studenten im Sommersemester 1986

An den Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben sich im Sommersemester 1986 insgesamt 57 144 Studenten (ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten) immatrikuliert. Das sind 668 oder 1,2% mehr als vor einem Jahr.

Die meisten Studenten (24 389) wurden an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz registriert. Zweitgrößte Hochschule ist die Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz mit 13 828 Studenten vor den Universitäten Trier (6 605) und Kaiserslautern (6 209) und der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule mit 2 413 Studenten. An den vier Verwaltungsfachhochschulen haben sich insgesamt 2 032, an den beiden Fachhochschulen in freier Trägerschaft 758, an den wissenschaftlichen Hochschulen in Speyer und Koblenz 528 und an den theologischen Hochschulen in Trier und Vallendar 382 Studenten eingeschrieben.

95% der Studenten sind Deutsche und 5% Ausländer. Der Anteil der Frauen liegt bei knapp 40%.

Die Zahl der Studienanfänger beläuft sich auf 1 456. Von ihnen sind 110 (7,6%) Ausländer. we

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.